SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Nationalismus im EU-Parlament: Parteien, Standpunkte und Gegenstrategien vor den Europawahlen 2009

Riedel, Sabine

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Riedel, S. (2008). *Nationalismus im EU-Parlament: Parteien, Standpunkte und Gegenstrategien vor den Europawahlen 2009.* (SWP-Studie, S 37). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-249063

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Studie
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Sabine Riedel

Nationalismus im EU-Parlament

Parteien, Standpunkte und Gegenstrategien vor den Europawahlen 2009

S 37
Dezember 2008
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Die Studie gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5 **Problemstellung und Schlussfolgerungen**

7 **Einführung: Begriffliche Grundlagen**

10 **Nationalistische Parteien im Europaparlament**
10 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)
12 Alleanza Nazionale (AN, Nationale Allianz, Italien)
14 Front National (FN, Frankreich)
16 Vlaams Belang (Flämische Interessen, Belgien)
18 Sinn Féin (Irland)
20 Liga Polskich Rodzin (LPR, Liga der polnischen Familien)
22 Političeska Partija Ataka (Politische Partei Ataka, Bulgarien)
24 Tēvzemei un Brīvībai/LNNK (Für Vaterland und Freiheit/Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung)

26 **Bündnisse und Standpunkte in europäischen Debatten**
27 Fraktion Union für ein Europa der Nationen (UEN)
28 Ehemalige Fraktion Identität, Tradition, Souveränität (ITS)
30 Einwanderung und Integration
32 Europäische Integration/Vertrag von Lissabon

35 **Mögliche Gegenstrategien vor den Wahlen zum EU-Parlament im Juni 2009**
35 Diskurs über strittige Themen nicht nationalistischen Parteien überlassen
36 Auseinandersetzung mit nationalistischen Europa-Konzeptionen
37 Konzepte gegen soziale und kulturelle Ausgrenzung
38 Rote Karte gegen eine Zusammenarbeit

39 **Abkürzungen**

Dr. Sabine Riedel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin
der Forschungsgruppe Globale Fragen

Nationalismus im EU-Parlament.
Parteien, Standpunkte und Gegenstrategien vor den Europawahlen 2009

Anfang des Jahres 2007 schlossen sich 23 Abgeordnete nationalistischer und rechtsextremer Parteien unter dem Namen *Identität, Tradition, Souveränität* (ITS) zu einer Fraktion im Europaparlament zusammen. Mit der Auflösung der Fraktion schon 10 Monate später schien die Hoffnung vieler Abgeordneter aufzugehen, dass sich die nationalistischen Parteien auf europäischer Ebene über kurz oder lang selbst »zerfleischen« werden und es daher das Klügste wäre, sie einfach politisch zu isolieren. In der Tat war es das konfrontative und exklusive Nationsmodell, das zum Streit unter den Mitgliedern geführt hatte. Doch wer das Auseinanderbrechen der ITS allein mit Befriedigung aufnahm, übersah, dass zur selben Zeit andere nationalistische Parteien des EU-Parlaments trotz ideologischer Differenzen eine recht stabile Kooperation zu Wege brachten. Die Rede ist von den beiden italienischen Parteien *Alleanza Nazionale* und *Lega Nord* aus der EU-Fraktion *Union für ein Europa der Nationen*, die im Verlauf des Jahres 2008 wegen ihrer Roma-feindlichen Politik ins Visier der EU-Kommission und des Europarats geraten sind.

Wie die Fallbeispiele dieser Studie belegen, ist das exklusive Nationsmodell nationalistischer Parteien für die Innen- wie für die Außenpolitik des jeweiligen Landes relevant: Im Inneren dadurch, dass Anhänger nationalistischer Ideologien entlang bestimmter Kriterien wie Abstammung, Konfession oder Muttersprache einen Großteil der Bevölkerung zu Nationsangehörigen bestimmen, während der Rest von der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen bleibt. Ziel der Nationalisten ist daher nicht nur ein genereller Einwanderungsstopp, sondern erklärtermaßen die rechtliche Ungleichbehandlung zum Beispiel in der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik und die Bevorzugung der eigenen Nation gegenüber Immigranten. Außenpolitische Konsequenzen hat dieses Nationsmodell potentiell dann, wenn die genannten ethnischen Kriterien nationalistischen Akteuren dazu dienen, als Vertreter für eine Bevölkerungsgruppe im Ausland zu sprechen, die zur eigenen Nation gerechnet wird. Hieraus leiten manche Nationalisten sogar die Forderung nach einer Änderung bestehender Staatsgrenzen ab, um eine als ethnische Gemeinschaft definierte Nation auch politisch zu vereinigen.

Eine genauere Betrachtung von acht nationalistischen Parteien im EU-Parlament zeigt, dass sich diese keineswegs nur in der ITS-Fraktion zusammenfanden, sondern auf verschiedene parlamentarische Gruppen verteilen. So sind nationalistische Kräfte zum Beispiel auch in der Fraktion *Unabhängigkeit/Demokratie* und der *Union für ein Europa der Nationen* vertreten. Grund dafür sind die jeweiligen nationalen Rahmenbedingungen, die diese Parteien dazu bewegen, ihre nationalistische Ideologie in die eine oder andere politische Richtung einzufärben. Deshalb treten unter ihnen letztlich auch programmatische Differenzen zutage, die besonders beim Thema Europäische Integration erkennbar sind. Eine Analyse der Parlamentsdebatten zeigt indes, dass eine kritische bis ablehnende Haltung gegenüber dem Reformvertrag von Lissabon nicht notwendigerweise eine nationalistische Ideologie voraussetzt. Nationalistische Akteure allerdings kritisieren die EU auf der Basis ihrer ausgrenzenden ethnischen Nationsmodelle. Das gilt insbesondere für die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ), den französischen *Front National*, den belgischen *Vlaams Belang*, die irische *Sinn Féin*, die *Liga der polnischen Familien* (LPR) und die bulgarische *Ataka*. Diese Kräfte berufen sich auf eine ihrer jeweiligen nationalen Identität zugrunde liegende »jahrtausendealte Kultur«, die gegen die als »konstruktivistisch« denunzierte politische Gestaltung von Fragen der Einwanderung, der Integration und des Staatsangehörigkeitsrechts ins Feld geführt wird.

Doch wie nicht jede Kritik an der Europäischen Integration durch eine nationalistische Einstellung motiviert sein muss, so bewahrt eine proeuropäische Position allein nicht vor dem Einfluss nationalistischer Ideologien. Beispiele für die Verbindung einer nationalistischen mit einer proeuropäischen Programmatik sind unter anderem Regionalparteien wie die *Schottische Nationalpartei*, die *Baskische Nationalistische Partei* (PNV) oder die italienische *Lega Nord*. Diese Parteien verstehen das EU-Parlament als Forum zur Verwirklichung ihrer Ziele, der nationalen Selbstbestimmung und der Gründung eines eigenen Nationalstaats. Weitere Beispiele sind Regierungsparteien wie die irische *Fianna Fáil*, die postfaschistische italienische *Alleanza Nazionale* und die lettische Partei *Für Vaterland und Freiheit/LNNK*. Im Namen der Fraktion *Union für ein Europa der Nationen* setzen sie sich für die Annahme des Lissabonner Reformvertrags ein.

Die Studie wird verschiedene Strategien darlegen, wie die parlamentarischen Demokratien auf nationaler und europäischer Ebene das Erstarken nationalistischer Akteure und die Ausbreitung ihres Gedankenguts stoppen können. Dabei scheint eine Maßnahme besonders wichtig zu sein: Zur Bewahrung des innerstaatlichen Friedens ist es unverzichtbar, dem Versuch nationalistischer Parteien zu widerstehen, ungleiche Rechtsverhältnisse für Einwanderer oder Ausländer zu schaffen oder auszubauen. Deshalb kommt der Politik der Antidiskriminierung und Gleichbehandlung innerhalb der EU eine wichtige Bedeutung zu. Diese programmatischen Ziele stehen in direkter Verbindung mit der Europäischen Charta der Grundrechte, die von den EU-Mitgliedstaaten bereits am 7. Dezember 2000 in Nizza unterzeichnet worden ist. Auf dieser »Grundlage gemeinsamer Werte« bekennen sich die EU-Mitgliedstaaten zu einer friedlichen Zukunft unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas.

Doch wie die Erfahrungen des zurückliegenden »Europäischen Jahrs des interkulturellen Dialogs« 2008 deutlich machen, führt eine Politik der Sensibilisierung für sprachliche und religiöse Diversität nicht automatisch zu mehr Toleranz. Im Gegenteil besteht die Gefahr, dass nationalistische Ideologien den Dialog dazu missbrauchen, diese kulturellen Unterschiede mit Wertigkeiten zu verbinden und hieraus Forderungen nach einer rechtlichen Ungleichbehandlung insbesondere von Einwanderern abzuleiten. Deshalb empfiehlt die Studie einen offen Diskurs über die Integrationspotentiale und die Kohäsionskraft des politischen Nationsmodells, wie es in der überwiegenden Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten verfassungsrechtlich verankert ist: Dieses Nationsmodell schützt vor einem Denken in historischen Determinismen und stärkt die Kompetenzen der Regierung zur politischen Gestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts, der Einwanderung und Integration.

Vom 4. bis 7. Juni 2009 werden die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Dies bietet allen demokratischen Parteien der EU-Mitgliedstaaten die Gelegenheit, sich den politischen Forderungen und Argumenten nationalistischer Parteien entgegenzustellen. Sie sollten offensiv die Themen besetzen, die sich die nationalistischen Parteien auf ihre Fahnen geschrieben haben, und dabei inhaltliche Alternativen für eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts entwickeln. All jenen Organisationen, die eine Politik der ethnischen Ausdifferenzierung, Ausgrenzung und Diskriminierung betreiben oder auf Kosten benachbarter Staaten bzw. Regionen Forderungen nach Grenzrevisionen begründen, muss mit Entschiedenheit die rote Karte gezeigt und die Kooperation verweigert werden.

Einführung: Begriffliche Grundlagen

Über die Begriffe »Nation« und »Nationalismus« herrscht in den Sozialwissenschaften bis heute Uneinigkeit. Jüngstes Beispiel dafür ist die Kontroverse um die Anerkennung der serbischen Provinz Kosovo als unabhängiger Staat. Denn Forderungen nach Einlösung des »Selbstbestimmungsrechts der Völker« werfen die Frage auf: »Um wessen Selbstbestimmungsrecht geht es? Wer ist das Volk, das (über) sich selbst bestimmen soll?«[1] Die Politik hat diese Frage in der Vergangenheit stets aus ihrer jeweils spezifischen Interessenlage heraus entschieden, was die Umstrittenheit dieses völkerrechtlichen Instruments eher erhöht hat, als dass man zu einer einvernehmlichen Anwendung gelangt wäre: »Die Rede vom Selbstbestimmungsrecht diente während des Ersten Weltkrieges beiden Seiten als Mittel, ethnische Minderheiten auf dem Territorium des Gegners aufzuwiegeln [...] in der Zwischenkriegsperiode [war es] daher ein Instrument für alle Arten des Revisionismus der Verlierernationen.«[2]

Um derartige revisionistische Ansprüche zu legitimieren, bedurfte es allerdings eines ganz bestimmten Nationsmodells, dem zufolge man anhand vermeintlich objektiver Faktoren wie Abstammung, Religion, Sprache oder Kultur die Existenz eines Volks über bestehende Staatesgrenzen hinaus nachweisen und hieraus Ansprüche von Nationalstaaten auf Grenzveränderungen ableiten könne. So wurde im Verlauf des 19. Jahrhunderts dem Konzept der politischen »Willensnation«, das im Wesentlichen durch die Ideen der Französischen Revolution geprägt ist, das neue Modell der »Kulturnation« gegenübergestellt, das von einer ethnischen (Mehrheits-)Gemeinschaft ausging.[3] Im 20. Jahrhundert rückten schließlich neben allgemein kulturellen und religiösen vor allem die sprachlichen Differenzen in den Vordergrund. Diejenigen Bevölkerungsgruppen, die einer anderen Identität angehörten, wurden konsequenterweise als »ethnische Minderheiten« wahrgenommen und in der Zwischenkriegszeit durch ein Vertragssystem mehr oder weniger vor Repressalien geschützt.

Diese Unterscheidung zwischen ethnischen und politischen Grenzen – eine gesellschaftliche Realität in nahezu allen modernen Nationalstaaten – war und ist bis heute der Ausgangspunkt der Ideologie des »Nationalismus«. Ernest Gellner bietet hierzu die folgende Definition an: »Nationalismus ist vor allem ein politisches Prinzip, das besagt, politische und [ethnisch-, *S.R.*] nationale Einheiten sollten deckungsgleich sein.«[4] Die nationalistische Ideologie zielt demzufolge auf eine ethnisch-nationale Homogenisierung eines Staatsgebiets. Wie insbesondere die Erfahrungen des deutschen Nationalsozialismus zeigen, bedienen sich nationalistische Kräfte zur Erfüllung ihres Ideals nicht nur der Mittel der Assimilierung oder Vertreibung, sondern schrecken selbst vor der physischen Vernichtung von Menschen mit einer anderen ethnischen Identität nicht zurück.

Angesichts des derzeitigen Wiederauflebens nationalistischen Gedankenguts ist in Erinnerung zu rufen, wie erfolgreich der Nationalismus in Europa durch die Entwicklung demokratischer Systeme bekämpft werden konnte. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelten sich die europäischen Demokratien zu einem Motor für die Durchsetzung der allgemeinen Menschenrechte – auf europäischer wie auch auf globaler Ebene: Ihrem universalistischen Ansatz gemäß

1 Jörg Fisch, »Die Ratlosigkeit der Statussucher; Kosovo und das Selbstbestimmungsrecht der Völker«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 14.1.2006, S. 4; vgl. Thomas Fleiner, »Selbstbestimmungsrecht für welches Land und Volk?«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 31.1.2008, S. 10.

2 »Bis zum Rand mit Dynamit geladen. Wenn Völker ihr Selbstbestimmungsrecht einfordern, wird's gefährlich. Eine Tagung in München analysiert ein unlösbares Problem der Neuzeit«, in: *Handelsblatt*, 20.2.2008, S. 9.

3 Die systematische Gegenüberstellung der Begriffe »Staatsnation« und »Kulturnation« geht auf den deutschen Historiker Friedrich Meinecke zurück, siehe Urs Altermatt, *Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa*, München 1996, S. 29; vgl. hierzu die Definition von Hagen Schulze, *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München 1994, S. 171: »Die beiden Nationalideen, die subjektiv-politische der Französischen Revolution und die objektiv-kulturelle der deutschen Romantik, befruchteten sich gegenseitig, überkreuzten einander und verliehen dem tausendstimmigen Chor der europäischen Moderne den kontinuierlichen Grundton«.

4 Ernest Gellner, *Nationalismus und Moderne*, Hamburg 1995, S. 8. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Gellner unter »Nation« stets das ethnische Nationsmodell versteht und folgerichtig »Staat« und »Nation« begrifflich gegenüberstellt, was Meineckes Gegensatzpaar von »Willensnation« und »Kulturnation« entspricht.

verurteilen sowohl die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarats (1950) als auch die Internationalen Pakte der Vereinten Nationen (1966) jedwede Form von Diskriminierung aufgrund »der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft«.[5] Diese Grundsätze zur rechtlichen Gleichbehandlung unabhängig von nationaler oder ethnischer Herkunft, kultureller oder politischer Orientierung widersprechen dem nationalistischen Kerngedanken, dass Staaten und deren Rechtssysteme entlang ethnischer Zugehörigkeiten auszurichten und der eigenen ethnischen Gruppe Privilegien zu sichern seien.

Definition des Nationalismus

»Es gibt sehr viele potentielle [ethnische, *S.R.*] Nationen auf der Welt. Unser Planet hat durchaus Platz für eine bestimmte Zahl unabhängiger oder selbstständiger politischer Einheiten. Nach jeder vernünftigen Berechnung ist nun die erste Zahl (die der potentiellen Nationen) vermutlich viel, *viel* größer als die zweite (die der möglichen Staaten). Wenn dieses Argument oder diese Berechnung stimmt, dann können nicht alle Nationalismen befriedigt werden, jedenfalls nicht zur selben Zeit. Die Befriedigung einiger impliziert die Enttäuschung anderer. Dieses Argument wird darüber hinaus auf eine schwer messbare Weise durch die Tatsache verstärkt, dass sehr viele der potentiellen Nationen dieser Welt nicht in kompakten territorialen Einheiten leben oder bis vor kurzem gelebt haben, sondern in komplizierten Mustern, mit anderen Ethnien gemischt. Daraus folgt, dass eine territoriale Einheit nur dann ethnisch homogen werden kann, wenn sie in solchen Fällen alle Angehörigen fremder Nationen tötet, vertreibt oder assimiliert. Deren mangelnde Bereitschaft, sich einem solchen Schicksal zu unterwerfen, dürfte die friedliche Durchsetzung des nationalistischen Prinzips einigermaßen schwierig gestalten.«

Quelle: Ernest Gellner, *Nationalismus und Moderne*, Hamburg 1995, S. 10.

Vor allem muss die Unlösbarkeit verschiedener nationalistischer Ansprüche auf dasselbe Territorium als Grund dafür angesehen werden, warum sich die internationale Staatengemeinschaft bis heute auf »keine völkerrechtlich verbindliche Definition des Volksbegriffs« einigen konnte. Dagegen stößt »nur die Bestimmung des Staatsvolks [...] auf keine Probleme; es handelt sich hierbei um sämtliche Staatsangehörige eines Staates«.[6] Mit anderen Worten: Spätestens mit der Entstehung der Vereinten Nationen hat sich in der Staatenpraxis das politische Nationskonzept in Form des allseits akzeptierten »Staatsvolks« durchgesetzt. Es findet seinen Ausdruck zum Beispiel in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948), die eine »willkürliche Entziehung der Staatsangehörigkeit« als unzulässig bezeichnet. Das deutsche Grundgesetz verbietet sogar ausdrücklich den Entzug der Staatsbürgerschaft, falls der Betroffene dadurch staatenlos wird.[7] Wenn nun Staaten oder politische Akteure abweichend vom Konzept des »Staatsvolks« ihre Nation als eine ethnisch homogene Gemeinschaft deklarieren, ist dies in dem Augenblick völkerrechtswidrig, in dem sie Staatsangehörigen mit einer anderen ethnischen Identität die Rechtsgleichheit verweigern und verschiedenen Formen von Diskriminierungen aussetzen.

Die Grenzen, die den Bestrebungen des Nationalismus durch den demokratischen Rechtsstaat und das Völkerrecht gesetzt werden, hat die Anhänger nationalistischer Ideologien vermutlich dazu veranlasst, die Debatte um ethnische Differenzen und die Verteidigung ihres ethnischen Nationskonzepts mit dem Thema Immigration und Integration von Ausländern und Asylsuchenden zu verknüpfen. Denn diese Personengruppe genießt zwar durch internationale Verträge einen »Grundbestand an Rechten«, so zum Beispiel »das Recht auf Leben, körperliche Unverletzlichkeit und Sicherheit der Person« sowie auf »Gleichheit vor dem Gesetz«.[8] Doch sind die Staaten nicht dazu verpflichtet, Ausländern ein unbegrenztes Aufenthaltsrecht oder politisch Verfolgten Asyl zu gewähren. Sie können ihnen jederzeit eine Ausweisung androhen und diese notfalls auch durchsetzen.

5 *Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966*, vgl. unter: <www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Menschenrechte/Download/IntSozialpakt.pdf >.

6 Hans-Joachim Heintze, »6. Kapitel. Völker im Völkerrecht. § 26. Träger des Selbstbestimmungsrechts der Völker«, Absatz 5 und 6, in: Knut Ipsen (Hg.), *Völkerrecht. Ein Studienbuch*, 4. Aufl., München 1999, S. 341–386 (356f.).

7 Christian Gloria, »5. Kapitel. Der Staat im Völkerrecht. § 24. Die Personalhoheit«, Absatz 15, 16 und 17, in: ebd., S. 222–340 (297).

8 Knut Ipsen, »11. Kapitel. Individualrecht im Völkerrecht. § 46. Zum völkergewohnheitsrechtlichen Mindeststandard«, Absatz 5, 6 und 7, in: ebd., S. 668–709 (706f).

Von diesem Recht der Nationalstaaten verstärkt Gebrauch zu machen, jedwede Form von Zuwanderung zu stoppen und die Abschiebepraxis in Europa zu verschärfen, ist eine in breiten Bevölkerungskreisen populäre Forderung, auf die die nationalistischen Parteien gern zurückgreifen. Sie bringen dabei ihr ethnisches Nationskonzept in die Einwanderungsdebatte ein, indem sie ihre jeweilige Nation als eine nach Kriterien wie Abstammung, Sprache, Religion oder Kultur ethnisch homogene Gemeinschaft darstellen. Darin sollen selbst Immigranten der ersten oder zweiten Generation keinen Platz haben, auch wenn diese bereits eingebürgert worden sind. Ihre Forderung, eine eigene Sozialgesetzgebung für Ausländer einzuführen, betrifft daher potentiell alle »Nicht-Nationsangehörigen« in ihrem ethnisch interpretierten Sinne, so dass derartige Vorschläge letztlich auf eine Abschaffung der allgemeinen Rechtsgleichheit unter Staatsbürgern hinauslaufen.

Den imaginären Charakter und die identitätsstiftende Funktion des Nationalismus hat insbesondere Benedict Anderson eingehend analysiert. Mit seiner Definition der Nation als einer »vorgestellten politischen Gemeinschaft« hat er den konstruktivistischen Ansatz in der Nationalismusforschung gestärkt.[9] Dieser Ansatz kann sich auf neue Forschungsergebnisse stützen, wonach jedwedes Identitätsbewusstsein von Individuen unserer modernen Gesellschaften – ob politisch, ethnisch, religiös oder kulturell orientiert – als das Resultat sozialer Entwicklungsprozesse angesehen werden kann. Ethnische Zugehörigkeiten unterliegen ebenso wie Staatsangehörigkeiten historischen Rahmenbedingungen und politischen Machtverhältnissen. Sie sind demzufolge keine unveränderbaren kulturellen Konstanten, wie nationalistische Ideologien Glauben machen, sondern politisch gestaltbar.[10] Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse bestätigen und stärken letztlich den Ansatz demokratischer Gesellschaften, Einwanderung und Integration als eine Herausforderung zu begreifen, die wohl gesetzlich geregelt werden muss, für die es aber keine radikalen Lösungen geben kann.

Zum Schluss dieser Einführung sollte darauf aufmerksam gemacht werden, dass nationalistische Ideologien auch heute noch eine außenpolitische Relevanz haben. Denn wie schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vereinnahmen Nationalisten die Bevölkerung von Nachbarstaaten: Nach den gleichen sprachlichen, religiösen oder kulturellen Kriterien, mit denen sie Teile der eigenen Bevölkerung von ihrem Nationskonzept ausschließen, erklären sie ausländische Staatsbürger zu Angehörigen der eigenen Nation. In ihrem Streben nach Übereinstimmung von ethnischen und politischen Grenzen machen sie sich zum Anwalt ethnischer oder nationaler Minderheiten im Ausland, nehmen in deren Interesse Einfluss auf die Innenpolitik von Nachbarstaaten und stellen unter Umständen gar bestehende Staatsgrenzen in Frage. Hält man sich die oben zitierte Feststellung Ernest Gellners vor Augen, dass »nicht alle Nationalismen befriedigt werden [können], jedenfalls nicht zur selben Zeit«, wird die Brisanz dieser außenpolitischen Dimension deutlich. Programm und Politik der Nationalisten haben das Potential, in Europa zwischenstaatliche Konflikte heraufzubeschwören oder zu schüren.

»Was ist eine Nation?«

»Das große, aber reale Paradox lautet: Nationen können nur in Begriffen des Zeitalters des Nationalismus definiert werden, und nicht, wie man hätte denken sollen, umgekehrt. Es stimmt nicht, dass die »Ära des Nationalismus« eine bloße Summe des Erwachens und der politischen Selbstbehauptung dieser, jener und jener anderen Nation darstellt. [...] Es ist der Nationalismus, der die Nationen hervorbringt, und nicht umgekehrt. Zugegebenermaßen nutzt der Nationalismus die bereits bestehende, historisch ererbte Bandbreite von Kulturen oder kulturellem Reichtum, obwohl er sie sehr selektiv einsetzt und sie meistens radikal umwandelt. Tote Sprachen können wiederbelebt, Traditionen erfunden, recht fiktive Zustände restauriert werden.«

Quelle: Ernest Gellner, *Nationalismus und Moderne*, Hamburg 1995, S. 86.

9 Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts*, Frankfurt a.M. 1988, S. 87.

10 Sabine Riedel, *Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration*, Wiesbaden 2005, S. 20f.

Nationalistische Parteien im Europaparlament

In diesem Kapitel sollen auf der Grundlage einer Dokumentenanalyse zunächst die programmatischen Ziele ausgewählter nationalistischer Parteien im Europaparlament herausgearbeitet werden. Im Vordergrund steht dabei die Frage, welches Nationskonzept die jeweiligen Akteure vertreten, ob sie ein auf ethnische Differenz gründendes Nationsverständnis entwickelt haben, daraus exklusive Rechte für ihre Nation einfordern und damit möglicherweise eine Einschränkung bzw. Aufhebung der Rechtsgleichheit anstreben. Darüber hinaus ist aber auch die außenpolitische Dimension ihrer nationalistischen Zielsetzung von Interesse. Nehmen die Nationalisten unter Berufung auf ihr ethnisches Nationskonzept Einfluss auf politische Kräfte im Ausland? Wie definieren Sie ihre Schutzmachtrolle für »ihre« Nationsangehörigen dort? Unterstützen sie deren gesellschaftliche Integration oder fördern sie möglicherweise deren kulturelle bzw. sprachliche Desintegration mit dem Ziel, bestehende Staatsgrenzen in Zweifel zu ziehen?

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Österreichische Wissenschaftler bezeichnen die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) als eine teilweise rechtsextreme Partei, denn an ihrer Gründung im Jahre 1956 waren ehemalige Vertreter der österreichischen NSDAP beteiligt. Nach einer kurzen Phase der Öffnung in Richtung eines politischen und wirtschaftlichen Liberalismus kehrte die FPÖ unter der Führung Jörg Haiders (1986–2000) wieder zu einer nationalistischen Programmatik zurück. Nach diesem politischen Kurswechsel stieg sie mit den Parlamentswahlen im Jahre 1999 zur zweitstärksten Partei und zum Koalitionspartner der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) auf. Gegen Vorwürfe, er und seine Partei würden die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlosen, wehrte sich Haider juristisch.[11] Obwohl der langjährige Parteivorsitzende gerichtlich mehrfach unterlag, formulierten Journalisten und Wissenschaftler seitdem ihre Kritik vorsichtiger. Sie bevorzugen inzwischen den Begriff des »Rechtspopulismus«, um die »xenophoben, den Nationalsozialismus relativierenden Akzente« dieser Partei zu beschreiben.[12] Der plötzliche Unfalltod Haiders im Oktober 2008 hat die sachliche Auseinandersetzung mit dessen Charisma praktisch abgebrochen. Was in der Debatte über den politischen Standort der FPÖ jedoch kaum thematisiert wurde und wird, ist die Frage nach ideologischen Bezügen der Partei zum autoritären österreichischen Ständestaat der Jahre 1934 bis 1938. Dieser verstand sich als eine Art Konkurrenzsystem zur Diktatur Adolf Hitlers, seine Dogmatik ist unter dem Begriff Austrofaschismus in die wissenschaftliche Literatur eingegangen.[13]

Im Jahr 2005 übernahm Heinz-Christian Strache das Amt des Parteivorsitzenden der FPÖ. Haider, der den Posten schon Jahre zuvor aufgegeben hatte, gründete eine neue Partei, das *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ). Strache setzte den populistischen Politikstil Haiders fort, bemüht sich allerdings stärker als sein Vorgänger, der FPÖ ein modernes und zukunftsgerichtetes Image zu geben, um vor allem junge Menschen anzusprechen.[14] Während Losungen wie »Zukunft sichern – Heimat bewahren« eher auf ein konservatives und traditionellen Werten verbundenes Publikum zielen, dürften Slogans wie »sozial statt neoliberal« oder »sozial statt gierig und brutal« eher für globalisierungskritische und sich links verstehende Wähler gedacht sein. Ein besonders markantes Beispiel für die Vereinnahmungsstrategie war die Verbreitung eines T-Shirts mit der Aufschrift »straCHE« im September 2007, auf dem der FPÖ-Vorsitzende im Che-Guevara-Look zu sehen ist.

11 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, *NS-Verharmlosung* (März 2001), <www.doew.at/projekte/rechts/content.html>.

12 Anton Pelinka, »Das politische System Österreichs«, in: Wolfgang Ismayr (Hg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen 1997, S. 479–507 (494).

13 Vgl. Ulrich Kluge, *Der österreichische Ständestaat 1934–1938. Entstehung und Scheitern*, München 1984, und Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938*, 5. Aufl., Wien 2005.

14 Thomas Macho, »Politische Avatare. Jörg Haider und die Mediendemokratie«, in: Gabriella Hauch/Thomas Hellmuth/Paul Pasteur (Hg.), *Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich*, Innsbruck u.a. 2002, S. 165–170.

Plakate und Broschüren, mit denen die FPÖ im Tiroler Landtagswahlkampf 2008 warb, belegen, dass die Partei nach wie vor nationalistische Instinkte bedient. So heißt es in einer mit der Post verteilten Wurfsendung, »Moscheen und Minarette [...] haben in unserem Kulturkreis nichts verloren«.[15] Obwohl Muslime spätestens seit Beginn der österreichisch-ungarischen Verwaltung in Bosnien und der Herzegowina im Jahre 1878 einen Teil der Bevölkerung Österreichs bilden, gehören sie, weil sie eine andere Religion praktizieren, nach dem Verständnis der FPÖ nicht zur österreichischen Nation. Der Islam steht synonym für unerwünschte Zuwanderung und die Entstehung von Parallelgesellschaften. Wahlslogans wie »Österreich zuerst« bzw. »Österreicher zuerst« oder »Sozialstaat statt Einwanderung« zeugen von der Absicht, die österreichischen Nationsangehörigen gegenüber Ausländern oder Asylsuchenden rechtlich zu bevorzugen.[16] Parolen wie »Sichere Pensionen statt Asyl-Millionen« oder »Daham statt Islam« schüren Angst vor muslimischen Einwanderern. Der stellvertretende FPÖ-Vorsitzende Norbert Hofer wird noch deutlicher. Er fordert »Österreicher zuerst, auch beim Arbeitsmarktservice!«[17], und redet damit einer sozialen Hierarchisierung der Gesellschaft nach Merkmalen der ethnischen Herkunft, der sprachlichen oder religiösen Zugehörigkeit das Wort.

Sprachlichen Kriterien folgend behauptet die FPÖ, »dass die überwiegende Mehrheit der Österreicher der deutschen Volksgruppe angehört«.[18] Diese Festlegung der österreichischen Nation auf eine deutsche Identität hat für die FPÖ eine klare außenpolitische Dimension. Im Parteiprogramm heißt es: »Österreich bleibt Schutzmacht der deutschen und ladinischen Südtiroler« und somit eines Teils der italienischen Staatsnation.[19] Die weitreichenden Autonomierechte der norditalienischen Provinz Bozen-Südtirol (ital. *Provincia Autonoma di Bolzano – Alto Adige*), die vor allem der deutschsprachigen Minderheit zugute kommen, hält die FPÖ für unzulänglich. Unter dem Motto »Freiheit für Südtirol« tritt sie für »Landeseinheit und das Recht Südtirols auf Selbstbestimmung« ein, das heißt für die Vereinigung des italienischen Südtirols mit dem österreichischen Tirol bzw. Österreich.[20] Im Parteiprogramm heißt es dazu: »Für den Fall, dass sich die Südtiroler in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes gegen den Verbleib ihres Landes bei Italien aussprechen, ist ihnen die Möglichkeit des Beitrittes zur Republik Österreich offenzuhalten.«[21] Von ihrem ethnischen Nationsmodell leitet die FPÖ darüber hinaus eine Schutzmachtrolle für alle »Angehörigen der deutschen Volksgruppen auf dem Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie« ab.[22]

Die nationalistischen Ansprüche, die hier ganz unverblümt formuliert werden, spiegeln sich auch in der innerparteilichen Struktur der FPÖ wider. So wird die in der italienischen Provinz Bozen-Südtirol aktive Partei *Die Freiheitlichen*, die sich 1992 gründete, von der österreichischen FPÖ wie eine eigene Landesgruppe behandelt. Repräsentanten der *Freiheitlichen* sind zum Beispiel regelmäßig bei Bundesvorstandssitzungen der FPÖ vertreten und können somit an der Ausgestaltung politischer Kampagnen mitwirken.[23] Die Südtiroler Partei nimmt auf diese Weise direkt Einfluss auf die österreichische Politik im Dienste ihres wichtigsten Ziels, der »Abschaffung der Region Trentino Südtirol und Schaffung einer Europaregion Tirol auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes.«[24] Mit dieser Forderung unterscheiden sich die *Freiheitlichen* von der größten politischen Kraft in Südtirol, der *Südtiroler Volkspartei*. Diese strebt zwar ebenfalls nach einem Ausbau der Autonomierechte unter der Schutzmacht Österreich. Doch lehnt sie die Vereinigungsvorschläge

15 FPÖ-Wahlkampfbroschüre im Mai 2008: *Österreicher in Tirol*, S. 2 und S. 11, vgl. <www.fpoe-tirol.at/fileadmin/Contentpool/Tirol/PDFs/Wir__sterreicher_in_Tirol_2.pdf>.

16 Vgl. die Wahlplakate der FPÖ auf der Homepage des Vorsitzenden Heinz Christian Strache, <www.hcstrache.at/index.php?style=7>.

17 So der stellvertretende Vorsitzende der FPÖ, Norbert Hofer, auf der Internetseite seiner Partei: »Hofer: »Österreicher zuerst, auch beim Arbeitsmarktservice!«, vgl. <www.fpoe.at/index.php?id=477&backPID=390&tt_news=14836>.

18 *Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen vom 27. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 23. April 2005 in Salzburg*, S. 5, siehe unter <www.fpoe.at>.

19 Ebd., S. 11.

20 *Österreicher in Tirol* [wie Fn. 15], S. 11.

21 *Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs* [wie Fn. 18], S. 11.

22 Ebd.

23 Anfang 2007 drohten *Die Freiheitlichen* der FPÖ, ihren Sitz im Bundesvorstand ruhen zu lassen, weil die FPÖ mit den italienischen Postfaschisten Alessandra Mussolini und Luca Romagnoli im EU-Parlament die Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* (ITS) gegründet hatten, vgl. Die Freiheitlichen, *Freiheit*, 3 (2007) 2, S. 4, <http://freiheitlich.linux3.webhome.at/fileadmin/user_upload/dokumente/Mitglieder-Info/Freiheit/2007/02-2007.pdf>.

24 Die Freiheitlichen, *Freiheitliches Grundsatzprogramm. Klartext für Südtirol*, 1993, S. 3, <http://freiheitlich.linux3.webhome.at/fileadmin/user_upload/dokumente/Grundsatzprogrmm.pdf>.

der *Freiheitlichen* zugunsten eines selbstbestimmten und von Italien unabhängigen Südtirols ab.[25]

In jüngster Zeit ist die FPÖ wieder im Aufwärtstrend. Bei den Wahlen zum Tiroler Landtag am 9. Juni 2008 konnte sie mit 12,7 Prozent ihren Stimmenanteil nahezu verdreifachen. Bei der vorgezogenen österreichischen Nationalratswahl am 28. September 2008 gewann sie sogar 17,5 Prozent. Rechnet man das Ergebnis für Haiders *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ) hinzu, haben die nationalistischen Kräfte in Österreich bereits heute ihr Bestergebnis von 23,4 Prozent aus dem Jahr 1999 übertroffen. Deshalb ist davon auszugehen, dass die FPÖ auch bei den kommenden Wahlen zum Europaparlament in 2009 über die zuletzt erreichten 6,3 Prozent (2004) weit hinauskommt.

Alleanza Nazionale (AN, Nationale Allianz, Italien)

Aus den vorgezogenen italienischen Parlamentswahlen vom 13. und 14. April 2008 gingen mehrere Parteien mit einer nationalistischen Orientierung gestärkt hervor: Zu diesen gehört neben der oben erwähnten Schwesterpartei der österreichischen FPÖ, *Die Freiheitlichen*, und der *Lega Nord*, die ihre Ergebnisse in den norditalienischen Regionen nahezu verdoppeln konnten, die *Alleanza Nazionale* (AN). Während die *Lega Nord* eine eigene norditalienische Kulturidentität propagiert und »Für die Unabhängigkeit Padaniens« eintritt, versteht sich die AN als eine nationalistische Partei mit gesamtitalienischem Vertretungsanspruch. Auch die AN konnte ihren politischen Einfluss in den vergangenen Jahren kontinuierlich steigern: Bei den Europawahlen 2004 erhielt sie 11,5 Prozent, im Europaparlament ist sie seither mit neun Abgeordneten präsent. Zu den jüngsten italienischen Parlamentswahlen im April 2008 trat die AN zusammen mit Silvio Berlusconis *Forza Italia* auf einer gemeinsamen Liste an, die unter dem Namen *Volk der Freiheit* (ital. *Popolo della Libertà*) die Wahlen gewann und seither die neue Regierung stellt.

Die nationalistische Ausrichtung der AN lässt sich aus ihrer Entstehungsgeschichte herleiten. Ihr heutiger Vorsitzender, Gianfranco Fini, trat schon als Jugendlicher dem neofaschistischen *Movimento Sociale Italiano* (MSI, *Italienische Sozialbewegung*) bei, der das ideologische Erbe Benito Mussolinis angetreten hatte.[26] Nachdem Fini im Jahre 1987 an die Spitze dieser Bewegung getreten war, leitete er einen kontinuierlichen Wandlungsprozess ein, um den MSI regierungsfähig zu machen. Ein Teil der Partei widersetzte sich allerdings dieser Entwicklung, so dass Fini den MSI kurzerhand auflöste und als *Alleanza Nazionale* neu gründete. Zurück blieben unter anderem die Splittergruppen *Movimento Sociale Fiamma Tricolore* (MS-FT) unter Führung des Europaabgeordneten Luca Romagnoli und die *Azione Sociale con Alessandra Mussolini* (AS), die – wie der Name schon sagt – von der Enkelin des ehemaligen »Duce« geleitet wurde und ebenfalls im Europaparlament vertreten ist. Gemeinsam geblieben ist ihnen nicht nur die grün-weiß-rote Flamme des MSI; unter Berlusconis Parteienbündnis arbeiteten sie auch punktuell wieder zusammen.

Anfang Dezember 2007 veröffentlichte die AN unter dem Titel »Alleanza per l'Italia« eine gegen die Regierung Prodi gerichtete programmatische Schrift.[27] Darin finden sich folgende Aussagen zu den Grundsätzen der Partei: Ausgehend vom Bild eines politisch zweigeteilten Italien, wirbt die AN für einen Neuanfang. Nur ein neues »großes Bündnis« könne das Land aus seiner tiefen »kulturellen und moralischen Krise« herausführen.[28] Bereits in der Einleitung legt die AN ein deutliches Bekenntnis zur »kulturellen Identität der Nation« ab (»l'identità culturale della Nazione«), die ihre historischen Wurzeln habe. Das neu zu schaffende »Bündnis für Italien« werde dafür Sorge tragen, dass sich Italien der ungebremsten Globalisierung und der unkontrollierten Einwanderung entgegenstellt, um der italienischen Gesellschaft, vor allem aber der jüngeren Generation Gelegenheit zu geben, sich dem Wert der Geschichte, Kultur und Identität Italiens wieder stärker bewusst zu werden.[29]

Dass die AN mit diesen Programmpunkten nicht das Modell einer Staatsnation vertritt, sondern die italienische Nation als eine ethnische Gemeinschaft versteht, zeigt sich an der praktischen Politik einzelner ihrer Führungspersönlichkeiten. Zwar hat Gianfranco Fini auf seiner Reise nach Israel im Jahre 2003 dem Faschismus offiziell abgeschworen und sich so

25 Sabine Riedel, *Regionaler Nationalismus. Aktuelle Gefahren für die Europäische Integration*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2006 (SWP-Studie 5/06), S. 27.

26 »Gianfranco Fini Ex-Faschist und Kronprinz Silvio Berlusconis«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 27.1.2007, S. 4.

27 Francesco Bei, »La mossa segreta di Gianfranco via An, ecco ›Alleanza per l'Italia‹«, in: *La Repubblica*, 10.12.2007.

28 Alleanza Nazionale, *Alleanza per l'Italia, la sfida del futuro*, S. 1, <www.alleanzanazionale.it/public/Partito/Documenti/080101BozzaDocConfProg2008.pdf>.

29 Ebd., S. 3, 11 und 16.

den Weg zum Amt des Außenministers unter der Regierung Silvio Berlusconi geebnet (2004–2006); doch kaum war Fini im Amt, ergriff er eine Gesetzinitiative für die Einführung eines Gedenktags für mehrere tausend Italiener, die während des Zweiten Weltkriegs auf dem Boden des heutigen Kroatien Massakern zum Opfer fielen. Die erstmals 2005 abgehaltenen Feierlichkeiten wurden indes dazu genutzt, die Massaker nicht als Racheakte von Partisanen gegen die italienische Besatzungsmacht, sondern als eine ethnische Vertreibung zur Erfüllung eines jugoslawischen »Annexionsplans« zu interpretieren. Besondere Symbolkraft entfaltete die posthume Ordensverleihung an 30 ausgewählte Opfer, unter anderem an den faschistischen Polizeichef von Zadar, der somit im Nachhinein als Widerstandskämpfer ausgezeichnet wurde.[30] Diese nationalistische Interpretation der Geschichte belastet seitdem die italienisch-kroatischen Beziehungen. Denn die Kroaten sehen darin eine Missachtung des Pariser Friedensvertrags (1947) und des Osimo-Vertrags (1975), in denen Istrien der damaligen jugoslawischen Teilrepublik Kroatien zugesprochen und das ehemalige Freie Territorium Triest aufgeteilt worden waren.

Innenpolitisch gab sich Gianfranco Fini im Zuge seiner politischen Karriere mehr und mehr gemäßigt. So ging er etwa auf Distanz zu Roberto Calderoli, dem Reformminister der *Lega Nord*, nachdem dieser im italienischen Fernsehsender RAI provozierend sein T-Shirt mit einer Mohammed-Karikatur gezeigt und damit in Afrika Massenproteste ausgelöst hatte, bei denen Menschen zu Tode kamen. Um Schadensbegrenzung bemüht, besuchte Fini daraufhin eine römische Moschee und warb für »Dialog und gegenseitigen Respekt« zwischen Christen und Muslimen.[31] Diese Gesten änderten jedoch nichts an Finis grundsätzlichen Positionen in der Migrationspolitik. Der AN-Vorsitzende fordert nach wie vor einen sofortigen Stopp der Zuwanderung und eine härtere Abschiebepraxis. Bereits im Jahre 2002 hatte er zusammen mit Umberto Bossi, dem Vorsitzenden der *Lega Nord*, ein neues Einwanderungsgesetz auf den Weg gebracht, dass von einer Delegation des Europaparlaments drei Jahre später für Missstände in zahlreichen Aufnahmelagern verantwortlich gemacht wurde.[32] Auch wenn mittlerweile die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten diese harte Linie Italiens gegen illegale Einwanderer übernommen hat, so gibt es doch erhebliche Unterschiede in der Behandlung der Migranten. Kritiker warfen den italienischen Behörden erst kürzlich wieder vor, zu wenig gegen den Notstand in den Flüchtlingslagern zu tun.[33]

Ende 2007 bestimmte das Thema Einwanderung durch die Straftat eines Roma-Angehörigen wieder die Debatte in Italien. Fini nutzte diesen Vorfall, um die Regierung Prodi zur sofortigen Rückführung von etwa 20 000 Roma in ihre rumänische Heimat zu zwingen.[34] Für die AN stehen die nationalen Interessen Italiens an erster Stelle. Das europäische Gemeinschaftsrecht, wie zum Beispiel die Reisefreiheit von Unionsbürgern, auf die Romano Prodi als ehemaliger EU-Kommissionspräsident mehrfach verwies, spielt für Fini dagegen eine untergeordnete Rolle. So erhielt der Kampf des neuen »großen Bündnisses« zwischen Berlusconi, Fini und Bossi um vorgezogene Parlamentswahlen auch eine EU-kritische Note. Ihre politische Vision ist ein Europa, in dem die Nationalstaaten allein Träger der staatlichen Souveränität sind und die Zusammenarbeit auf die intergouvernementale Ebene begrenzt bleibt. »Wir wollen eine Europäische Union schaffen, die die Traditionen der Staaten respektiert, ihr kulturelles Erbe bewahrt und ihre Sprachen schützt.«[35] Auch wenn eine solche Position allein noch keine nationalistische Einstellung voraussetzt, so widerspricht sie doch den geltenden EU-Verträgen, auf deren Basis bereits ein europäisches Gemeinschaftsrecht über die nationalstaatliche Ebene hinaus entstanden ist.

30 Josef Kirchengast, »Die Leichen in Europas Kellern«, in: *Der Standard*, 17./18.2.2007, S. 6.
31 »Skandal-Minister zeigt keine Einsicht«, in: *Frankfurter Rundschau*, 20.2.2006.
32 Vgl. das Bossi-Fini-Gesetz »Modifica alla normativa in materia di immigrazione e di asilo, Legge 30 luglio 2002 n. 189«, in: *Gazzetta Ufficiale*, 199 (26.8.2002), <www.alleanzanazionale.it/public/Partito/Documenti/IniziativeLegislative/BossiFini.doc>; vgl. hierzu Europäisches Parlament, *Bericht der Delegation des LIBE-Ausschusses über den Besuch des Zentralen Aufnahmelagers Lampedusa (IT)*, Brüssel, 19.9.2005, <www.keine-festung-europa.eu/uploadFortress/docs/Roure_Lampedusa_DE.pdf>.
33 »Immigrations-Notstand in Italien. Regierung Berlusconi verschärft Einwanderungsregeln«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.7.2008.
34 »Rechte schürt ausländerfeindliche Stimmung«, in: *Der Standard*, 4.11.2007.
35 Alleanza Nazionale al PE, *Successo di Alleanza Nazionale per le cariche istituzionali del parlamento europeo*, 1.2.2007, <www.an-europa.it/comunicati/2007/CaricheIstituzionali.htm>.

Seitdem die AN im April 2008 erneut Regierungsverantwortung trägt, zeigt sie deutlicher denn je, dass sie zur kulturellen Identität Italiens vor allem auch das faschistische Erbe rechnet: So wurde im Aufwind des Bündnisses *Popolo della Libertà* kurz nach den Parlamentswahlen der AN-Politiker Gianni Alemanno zum neuen Bürgermeister von Rom gewählt. Nur wenige Tage im Amt, kündigte Alemanno an, die Stadtregierung wolle eine Straße in »Via Giorgio Almirante« umbenennen. Damit würde ein faschistischer Politiker geehrt, der unter Mussolinis Herrschaft leitender Redakteur der Zeitschrift *La Difesa della Razza* (»Die Verteidigung der Rasse«) war und 1946 die neofaschistische Bewegung MSI gründete.[36] Ein anderes führendes AN-Mitglied, der italienische Verteidigungsminister Ignazio La Russa, ließ im September verlauten, er habe Sympathien für die faschistischen »Widerstandskämpfer«. Anlass für diese Äußerung war das Gedenken an den 8. September 1943, an dem der Waffenstillstand zwischen Italien und den Alliierten unterzeichnet worden war. Unter Führung Mussolinis hatten sich die Reste seines Regimes damals in das deutsche Besatzungsgebiet in Norditalien zurückgezogen, um von dort den faschistischen Staat unter dem Namen »Repubblica Sociale Italiana« neu aufzubauen.[37]

Gianni Alemanno hat in den wenigen Monaten seiner Amtszeit als römischer Bürgermeister bereits durch eine Reihe von spektakulären Aktionen gegen illegale Einwanderung auf sich aufmerksam gemacht, zum Beispiel durch die Zwangsräumung illegaler Roma-Siedlungen, die Inhaftierung von Ausländern und den Einsatz des Militärs zur Unterstützung der Polizei bei Demonstrationen. Regierungspläne, von Sinti- und Roma-Kindern Fingerabdrücke zu nehmen, riefen schließlich auch den Widerstand der Katholischen Kirche hervor. Im August warnte Papst Benedikt XVI. vor einer »rassistischen Missachtung oder Diskriminierung«. Die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen von Migration dürften nicht vergessen werden.[38]

36 Martin Zöller, »Rom will Straße nach Neofaschist benennen«, in: *Die Welt*, 30.5.2008, S. 7.
37 Stefan Ulrich, »Mussolinis Schatten. Wieder zeigen Politiker Verständnis für den Faschismus – viele fragen nun, ob Italiens Rechte wirklich geläutert ist«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 10.9.2008, S. 7.
38 Stefan Ulrich, »›Hoffen wir, dass der Faschismus nicht wieder auflebt‹. Eine katholische Zeitschrift greift Berlusconis Regierung scharf an – der Papst schwächt ab, warnt aber auch vor Ausgrenzung von Minderheiten«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 19.8.2008, S. 7.

Front National (FN, Frankreich)

Als Jean-Marie Le Pen den *Front National* (FN) im Jahre 1972 gründete, orientierte er sich an dem Vorbild der neofaschistischen *Italienischen Sozialbewegung* (MSI). Sichtbares Zeichen hierfür ist die dreifarbige Flamme, die der FN in Abwandlung der italienischen Farbkombination zugunsten der blau-weiß-roten französischen Trikolore übernommen hat. Ähnlich wie die italienische Nachfolgeorganisation des MSI, die *Alleanza Nazionale*, hat sich auch der FN in den letzten Jahren darum bemüht, von seinem Image als rechtsextreme, nationalistische Partei wegzukommen und vor allem junge Wähler zu gewinnen. Im Präsidentschaftswahlkampf 2007 behauptete Le Pen, seine Partei sei in der politischen Mitte Frankreichs zu verorten, während sein damaliger Konkurrent, der heutige Staatspräsident Nicolas Sarkozy, politisch rechts stehe.[39] Mit Wahlparolen wie »Chancengleichheit [...] Rechte/Linke – sie haben alles kaputt gemacht« wandte sich der FN sogar direkt an Einwanderer, wohl in der Erwartung, selbst unter diesen Stimmen auf sich ziehen zu können. Le Pen hoffte, auf diesem Weg seinen Wahlerfolg von 2002 zu wiederholen, als er in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen vorgestoßen war und dort immerhin 5,5 Millionen bzw. 17,8 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Zwar konnte er im vergangenen Jahr nur noch 3,8 Millionen Wähler überzeugen; doch lag dieses Ergebnis um ein Dreifaches über dem, welches seine Partei bei den Wahlen zur Nationalversammlung (2007: 1,1 Mio. bzw. 4,3%) erzielt hatte. Während der FN derzeit im nationalen Parlament nicht vertreten ist, besetzt er im Europaparlament sieben Sitze und spielt damit auf europäischer Ebene eine größere politische Rolle.

Trotz der Versuche, sich stärker in der Mitte des Parteienspektrums zu verankern, ist der FN eine rechtsextreme und der nationalistischen Ideologie verbundene Partei geblieben. Auch wenn er in den letzten Jahren gezielt Einwanderer der zweiten und dritten Generation umwarb, hat sich an seiner strikten Ablehnung jedweder Immigration nichts geändert. Nach wie vor gilt für Le Pens Partei der Spruch »Frankreich und die Franzosen zuerst«. Wahlplakate des FN aus dem Jahre 2006 suggerierten zum Beispiel, dass alle Einwanderer muslimischen Glaubens seien und prinzipiell links wählen würden. Darunter stand die

39 Olivier Pognon, »Le Pen propose un réferendum sur l'immigration«, in: *Le Figaro*, 5.3.2007, S. 8.

appellative Frage: »Und Sie enthalten sich?«.[40] Der FN will die Öffentlichkeit also bewusst polarisieren und sie gegen eine liberale und tolerante Einstellung gegenüber Einwanderern mobilisieren. Hierzu passt, dass er selbst die Politik des neuen Staatspräsidenten Sarkozy scharf kritisiert: »Die Einwanderungsinvasion setzt sich fort« hieß es auf einer Pressekonferenz der Partei am 31. März 2008. Sie sei dafür verantwortlich, dass in den französischen Städten, in den Schulen und auf öffentlichen Plätzen »die Unsicherheit explodiere«.[41] Im Programm der Partei werden unter dem Punkt »Einwanderung« eine Reihe konkreter Zahlen genannt, die offensichtlich Angst machen sollen: In den letzten 20 Jahren seien nicht wie offiziell behauptet 2 Millionen, sondern das Dreifache, das heißt 6 Millionen Menschen nach Frankreich eingewandert. 50 Prozent der Sozialhilfeempfänger seien Ausländer.[42]

Deshalb fordert Le Pens Partei nicht nur einen sofortigen Einwanderungsstopp und ein härteres Vorgehen bei der Abschiebung der sogenannten »sans papiers«, den illegalen Einwanderern. Er möchte darüber hinaus auch einführen, dass Einwanderer nicht mehr vollen Anspruch auf Sozialleistungen erhalten, und damit faktisch die rechtliche Gleichbehandlung für die in Frankreich lebende Bevölkerung abschaffen. Wie allerdings eine nähere Prüfung der vom FN genannten Zahlen zeigt, geben diese die gesellschaftliche Realität nur verzerrt wieder. Denn nach Angaben der französischen Regierung sind im vergangenen Jahr allein 49,4 Prozent der Einwanderer aus dem nichteuropäischen Ausland aus Gründen der Familienzusammenführung nach Frankreich gekommen; 24,8 Prozent sind Studierende und nur 8,1 Prozent gehören zur Gruppe der Flüchtlinge und Asylsuchenden.[43] Mit der Forderung nach einem Stopp der vermeintlichen »Einwanderungsinvasion« zielt der FN also weniger auf die Asylpraxis als vielmehr auf das Thema der Familienzusammenführung. Trotz der Tatsache, dass etwa 36 Prozent der Einwanderer bereits die französische Staatsbürgerschaft besitzen, soll es für sie kein Recht auf Nachzug von Angehörigen geben.[44]

Ausgangspunkt für diese Bestrebungen ist auch im Fall des FN ein ethnisches Nationsmodell, das Fremde ausschließt und politische Regelungen zur Einbürgerung eng begrenzen will oder ganz ablehnt. Im Parteiprogramm heißt es hierzu: »Die Kunst und unsere Sprache sind eine essentielle Dimension unserer Identität. Mehr als bei anderen Nationen ist die Kultur mit der Geschichte und der Ausstrahlungskraft Frankreichs verbunden.«[45] Die nationale Identität wird demnach an eine sprachliche und kulturelle Zugehörigkeit gekoppelt, die eine politische Gestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts kaum zulässt. In seiner Broschüre »Code de la nationalité« wird der FN noch deutlicher: »Die französische Staatsbürgerschaft erbt man oder verdient man.«[46] Entsprechend fordert die Partei, das französische Staatsangehörigkeitsrecht zu verschärfen und damit ein Kernelement der bisherigen Integrationspolitik aufzugeben, nämlich möglichst viele Zuwanderer als gleichberechtigte Staatsbürger zu integrieren.

Von ihrem ethnischen Nationsmodell leitet sich auch die Europapolitik des FN ab: Im Kapitel »Europa« ihres Parteiprogramms kritisieren die Nationalisten »das Prinzip der europäischen Staatsbürgerschaft als Instrument der europäischen Integration und der fortschreitenden Verdrängung der nationalen Staatsangehörigkeit«.[47] Die Einwanderungspolitik soll in der alleinigen nationalen Verantwortlichkeit verbleiben, und auch die Kontrolle der Außengrenzen wieder der einzelstaatlichen Entscheidungskompetenz unterstellt werden. Dies ist allerdings nur ein Teil der europapolitischen Zielsetzungen des *Front National*, die alle

40 Vgl. das Wahlplakat unter: Front national de la jeunesse 27 (FNJ27), *Blog photos du FNJ de l'eure*, 27.5.2008, <http://frontnationaldelajeunesse27.hautetfort.com/archive/2008/05/27/les-immigres-vont-voter-et-vous-vous-abstenez.html>.

41 Vgl. im Französischen: »L'immigration-invasion continue [...] L'insécurité explose«, in: *Conférence de presse à l'occasion du Conseil National du Front National*, Paris, 31.3.2008, <http://frontnational.com/doc_interventions_detail.php?id_inter=110>.

42 Front National, *Le Programme. Immigration*, <www.frontnational.com/programmeimmigration.php>.

43 Laetitia Van Eeckhout, »La régularisation de travailleurs sans papiers bientôt facilitée«, in : *Le Monde*, 19.10.2007; vgl. auch Sabine Riedel, »Einwanderung: das Ende der Politik der Chancengleichheit«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Schwerpunktheft »Frankreich«, 17.9.2007, S. 40–46.

44 Vgl. weiterführend Sabine Riedel, *Frankreich als Einwanderungsland. Debatten um Immigration, Integration und nationale Identität*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2007 (SWP-Studie 25/07), S. 26.

45 »Les arts et notre langue forment une dimension essentielle de notre identité. Plus que dans d'autres nations, la Culture est inséparable de l'histoire et du rayonnement de la France«, Front National, *Le Programme. Culture*, <www.frontnational.com/programmeculture.php>.

46 »Etre Français, cela s'hérite ou cela se mérite«, in: Front National, *Code de la nationalité*, S. 5, <www.frontnational.com/argumentaires/2006-04-2.pdf>.

47 Front National, *Le Programme. Europe*, <www.frontnational.com/programmeeurope.php>.

darauf gerichtet sind, den derzeitigen Integrationsprozess der Europäischen Union rückgängig zu machen. Aktuell kommt diese EU-kritische Einstellung in besonders krasser Form durch den Ruf nach einem neuen Referendum gegen den Vertrag von Lissabon zum Ausdruck. Der FN will darin die Frage stellen: »Soll Frankreich seine Unabhängigkeit vom Europa Brüssels zurückfordern?«[48] Allein die Formulierung dieser Frage macht deutlich, dass es dem FN weniger um eine sachbezogene Auseinandersetzung über Vertragsreformen geht, als vielmehr um eine grundsätzliche Ablehnung jedweder Form einer supranationalen europäischen Zusammenarbeit.

Vlaams Belang (Flämische Interessen, Belgien)

Die belgische Partei *Vlaams Belang* hat sich im November 2004 gegründet, nur wenige Tage, nachdem das oberste belgische Gericht den *Vlaams Blok* wegen fremdenfeindlicher und rassistischer Äußerungen verurteilt hatte.[49] Der neue *Vlaams Belang* setzt personell wie auch programmatisch die Arbeit des *Vlaams Blok* fort und präsentiert sich der Öffentlichkeit unverhohlen als dessen Nachfolgeorganisation. So feierte er zum Beispiel im Dezember 2007 den 30. Jahrestag der Gründung der flämischen Separatistenpartei unter dem Motto: »30 Years of Vlaams Blok/Vlaams Belang«.[50] Das offizielle Parteiorgan hob bei dieser Gelegenheit stolz hervor, *Vlaams Blok* sei die »erste politische Partei in der Geschichte« gewesen, die »offen die Abschaffung des künstlichen belgischen Staates und die Gründung eines unabhängigen Flandern befürwortet« habe.[51] Dies sei der Grund dafür, warum frankophone Politiker aus Wallonien die Auflösung des *Vlaams Blok* betrieben hätten. Den Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus weist der *Vlaams Belang* zurück. Kritiker der Partei hätten die neuen Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union (1999) nur als Vorwand benutzt, um ein Verbot der Partei durchzusetzen.

Entgegen der Selbstdarstellung seiner Ausländerpolitik als »streng aber gerecht« und ungeachtet des durch ein Gericht bestätigten Rassismusvorwurfs hält der *Vlaams Belang* an der ausländerfeindlichen Politik seiner Vorgängerorganisation fest. Die Partei spricht von einer »Islamisierung Brüssels«, die Belgier aus der Hauptstadt verdrängen würde.[52] Weitere Belege für eine programmatische Kontinuität zum *Vlaams Blok* lassen sich zuhauf auf der deutschsprachigen Internetseite finden: Ähnlich wie der französische *Front National* warnt der *Vlaams Belang* dort vor einer »massenhaften Immigration« und hält dem entgegen: »Flandern ist kein Immigrationsgebiet«.[53] Er kritisiert die Einwanderungspolitik der belgischen Regierung als »misslungene Knutschpolitik gegenüber Fremden« und fordert einen Stopp des Familienzuzugs, die sofortige Abschiebung aller illegalen Einwanderer in ihre Heimatländer, die Abschaffung des Ausländerwahlrechts für nichteuropäische Ausländer, eine »Beschränkung des Zugangs zur sozialen Sicherheit« sowie »eine drastische Verstrengung [Verschärfung] der Einbürgerungsgesetzgebung. Die Einbürgerung soll die Krönung eines erfolgreichen Assimilierungsprozesses sein.«[54] Deutlicher kann man den ethnisch definierten und Ausgrenzung implizierenden Nationsbegriff nicht auf den Punkt bringen. Hier wird Integration nicht als Verbindung verschiedener sprachlicher Identitäten mit der der Aufnahmegesellschaft verstanden, sondern als eine kulturelle Anpassung und Unterordnung, die stets mit der Aufgabe der eigenen ethnischen Identität verbunden ist. Als Mitorganisator des »Anti-Islamisierungskongresses«, der am 20. September 2008 in Köln stattfinden sollte, unterzeichnete der *Vlaams Belang* Aufrufe, in denen es heißt: »Wir wollen kein Eurabien und kein babylonisches Sprachen- und Völkergewirr!«[55] und »Islamisierung und Türkisierung in Deutschland stoppen!«[56]

48 Ebd. (»La France doit-elle reprendre son indépendance vis-à-vis de l'Europe de Bruxelles?«), vgl. ebenfalls die Internetseite der Europaabgeordneten des FN unter <www.europnat.com/accueil.php>.
49 »Court Rules Vlaams Blok Is Racist. Belgium's Highest Court Has Ruled that the Flemish Far-right Vlaams Blok Party is Racist«, in: *BBC News*, 9.11.2004.
50 Vgl. »30 Years of Vlaams Blok/Vlaams Belang«, in: *The Flemish Republic. A Quarterly Newsletter Explaining Why Flanders Should Become an Independent State*, 21 (Jan./Feb./März 2008), S. 3, vgl. <www.flemishrepublic.org/files/flemishrepublic_2008-21.pdf>.
51 Ebd.
52 Vgl. »Flanders Wants to Preserve Its Heartland«, in: *The Flemish Republic*, 22 (April/Mai/Juni 2008), S. 2, <www.flemishrepublic.org/files/flemishrepublic_2008-22.pdf>.
53 Vlaams Belang, *Der Vlaams Belang in Ihrer Sprache*, <www.vlaamsbelang.org/61/2/>.
54 Ebd. Vgl. auf Holländisch: Vlaams Belang, *Het programma van het Vlaams Belang. 5. Vreemdelingenbeleid*, <www.vlaamsbelang.be/21/5/>.
55 Pro Köln/Pro NRW u.a., *Nein zur Islamisierung*, <www.kongress.pro-nrw-online.de/pdf/kongress2008/aufrufdeutsch.pdf>.
56 Vgl. die Ankündigungen auf Deutsch, Französisch, Englisch und Italienisch, <www.kongress.pro-nrw-online.de/>.

Zentraler Programmpunkt des *Vlaams Belang* ist jedoch seine Forderung nach einem unabhängigen flämischen Staat. Deshalb richtet sich seine nationalistische Politik nicht nur gegen Ausländer oder Immigranten, sie zielt auch auf eine Segregation der belgischen Bevölkerung entlang der Sprachgrenzen. Nach Ansicht der Partei ist das Zusammenleben zwischen den belgischen Bürgern im französischsprechenden wallonischen Teil des Landes, wo auch die deutschsprachige Minderheit lebt, mit denen im flämischen Teil gescheitert. Dem sei mit einer Staatsreform Rechnung zu tragen, die den Flamen eine eigene staatliche Souveränität zugestehen müsse.[57] Diese grundsätzliche Kritik des *Vlaams Belang* am belgischen Föderalismus, der schon in den achtziger Jahren den Regionen weitreichende Kompetenzen übertragen hatte, stützt sich auf ein ethnisches Nationsverständnis. Für die Partei ist allein das Modell der Sprachnation maßgeblich. Dieses Modell begründet den von ihr erhobenen Anspruch der Flamen auf staatliche Souveränität. Das noch existierende politische Nationskonzept des belgischen Gesamtstaats lehnt der *Vlaams Belang* ab.

Das Flämische bzw. Niederländische ist in Belgien erst ab 1873, also mehr als vierzig Jahre nach der Staatsgründung 1830, durch mehrere Sprachgesetze dem Französischen als Amtssprache gleichgestellt worden. Nachdem sich der Sprachenstreit im Verlauf des Ersten Weltkriegs verschärft hatte, begann in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts eine Territorialisierung der Sprachenfrage. Mit Ausnahme der Region Brüssel setzte sich allmählich das Prinzip der Einsprachigkeit durch, wonach in den verschiedenen belgischen Regionen die jeweils dominante Sprache Amts- und Unterrichtssprache sein sollte.[58] Die heutigen Sprachgrenzen wurden 1962, nach einer Volkszählung, festgelegt. Auf diesen Grenzen beruht auch die ein Jahrzehnt später neu errichtete föderale Struktur. Sie gesteht den drei Regionen (Flandern, Brüssel und der Wallonie) wie auch den drei Sprachgemeinschaften (der flämischen, französischen und deutschen) jeweils eigene Parlamente zu.[59]

Die nationalistische Ideologie des *Vlaams Belang* lässt sich auch daran ablesen, dass er ein undifferenziertes und abwertendes Bild über die französischsprachige Bevölkerung entwirft und die flämische Sprachnation als moralisch höherwertig darstellt. Die Wallonen würden keine eigenen Wohlfahrtsgewinne für ihre Gemeinschaft hervorbringen, sondern nur auf Kosten des Gesamtstaats leben. Hieraus zieht *Vlaams Belang* den Schluss: »Die Flämische Unabhängigkeit würde bedeuten, dass Walloniens Tage des Trittbrettfahrens vorbei sind.«[60] Die zweisprachige Region Brüssel ist von den Separationsplänen der flämischen Nationalisten in besonderer Weise betroffen, denn die belgische Hauptstadt soll Teil des neuen Staats Flandern werden. Hier maßt sich der *Vlaams Belang* eine Deutungshoheit über die Nationsangehörigkeit an. Seiner Meinung nach sind nämlich die »französischsprachigen Brüsseler keine Wallonen« und müssen sich deshalb der flämischen Kultur anpassen.[61]

Zwar beteuert der *Vlaams Belang*, nach der Unabhängigkeit den Status der Zweisprachigkeit erhalten zu wollen. Doch schon heute ist sein Verhältnis zu den 4 Millionen Wallonen von Abgrenzung und Intoleranz geprägt. Aktuelles Beispiel hierfür ist die Auseinandersetzung um drei frankophone Bürgermeister im Wahlbezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde in der Region Brüssel. Diese sind zwar von einer Mehrheit gewählt worden, dürfen aber ihr Amt nicht antreten, weil sich Innenminister Marino Keulen an ihrer zweisprachigen Verwaltungspraxis stößt. Sie hatten den Flamen in ihrer Gemeinde die Wahlunterlagen auf Flämisch, den Wallonen aber auf Französisch zugeschickt. Die *Christdemokraten* Flanderns, die mit der *Neu-Flämischen Allianz* (*Nieuw-Vlaamse Alliantie*, N-VA) die derzeitige Regionalregierung stellen, bestehen jedoch auf der für flämisches Territorium vereinbarten Einsprachigkeit. Auch der *Vlaams Belang* verteidigt die geforderte sprachliche

57 Vlaams Belang, *Het programma van het Vlaams Belang*, 1. Vlaamse Staatsvorming, <www.vlaamsbelang.be/21/1/>; vgl. weiterführend Riedel, *Regionaler Nationalismus* [wie Fn. 25], S. 29f.

58 Anna Gamper, »IX. Belgien – Entstehung und Entwicklung des plurinationalen Mehr-Ebenen-Föderalismus«, in: Peter Pernthaler (Hg.), *Zur Entstehung des modernen Minderheitenschutzes in Europa. Handbuch der europäischen Volksgruppen*, Bd. 3, Wien 2006, S. 267–299 (271).

59 Das föderale System Belgiens wird auf der Internetseite der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die circa 70 000 Angehörige zählt, ausführlich erklärt, siehe <www.dgparlament.be>; vgl. ebenso die Dokumente des Ausschusses der Regionen bei der EU unter: *Decentralisation of the EU Decision-making Process*, 2005, S. 3, vgl. <www.cor.europa.eu/pages/DocumentTemplate.aspx?view=detail&id=698eb801-2a67-4724-93ec-dea25c51677a>.

60 »Wallonia Is Shocked ...«, in: *The Flemish Republic*, 17 (Jan./Feb./März 2007), S. 2.

61 Karim Van Overmeire, »Belgium Will Be Easier to Divide than Czechoslovakia«, in: *The Flemish Republic*, 21 (Jan./Feb./März 2008), S. 2.

Anpassung der Wallonen mit dem Argument, dass nur so der »flämische Charakter der Region« erhalten bliebe.[62] Mittlerweile hat sich die Untersuchungskommission des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats eingeschaltet und am 14. Mai 2008 einen ersten Informationsbericht vorgelegt. Darin wurde die vorenthaltene offizielle Bestätigung der Bürgermeister als ein Verstoß gegen die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung gewertet.[63] Da der Streit unvermindert anhielt, entschied sich der Kongress auf seiner Sitzung am 2. Dezember 2008 dazu, ein Überwachungsverfahren einzuleiten und zu überprüfen, ob die genannte Charta in diesen belgischen Gemeinden eingehalten wird. [64]

So wie sich der *Vlaams Belang* für die Auflösung des belgischen Föderalismus einsetzt, arbeiten seine drei Abgeordneten im Europaparlament gegen eine Vertiefung der Europäischen Integration. Denn nur in einem »konföderalen Europa«, so glauben die flämischen Nationalisten, können sie ihre Identität bewahren. Die EU dürfe »kein europäischer Superstaat [...] kein ›Belgien im Großen‹ werden«.[65] Deshalb lehnte *Vlaams Belang* sowohl den Europäischen Verfassungsvertrag als auch den Reformvertrag von Lissabon ab. Im Rahmen einer rein intergouvernementalen Zusammenarbeit, also jenseits des bereits bestehenden europäischen Gemeinschaftsrechts, präsentieren sich die Politiker des *Vlaams Belang* jedoch als überzeugte Europäer. Ihrer Meinung nach widerspricht die angestrebte Unabhängigkeit Flanderns nicht den bestehenden demokratischen Systemen in Europa. Doch werde ein souveränes Flandern nicht das Projekt der europäischen Integration unterstützen: »Das Auseinanderfallen Belgiens würde zeigen, dass diese Erschütterung im Herz des Europäischen Projekts mitten durch die europäische Hauptstadt verläuft.«[66]

Da der *Vlaams Belang* im flämischen Landesteil Belgiens bereits von 18 Prozent der Bevölkerung gewählt wird und für seine Forderung nach einem unabhängigen Flandern immer mehr Anhänger findet, dürfte er bei den kommenden Wahlen zum Europaparlament sein Ergebnis aus dem Jahre 2004 von 13,4 Prozent eher noch verbessern.

Sinn Féin (Irland)

Sinn Féin wurde im Jahre 1905 gegründet und bedeutet im Irischen »wir selbst«. Gemeint ist damit das irische Volk, zu der die Bevölkerung der gesamten Insel gerechnet wird. *Sinn Féin* versteht sich als »republikanische Partei« und verfolgt das Ziel der Unabhängigkeit Nordirlands vom Vereinigten Königreich und der Vereinigung mit der Republik Irland. Auf ihrer Homepage empfängt die Partei den Besucher mit einem Zitat des irischen Gewerkschaftsführers James Connolly (1868–1916): »Die Wurzeln des revolutionären Denkens in Irland, die sozialistische und die nationalistische, sind keine Gegensätze sondern komplementär.«[67] Zur Zeit Connollys gehörte die gesamte Insel noch zum Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland. Schon damals trat *Sinn Féin* außerordentlich radikal auf und forderte die volle staatliche Souveränität Irlands. Mit Kompromissangeboten in Form besonderer Autonomierechte wollte sich die Bewegung nie begnügen. Nach ihrem ersten Wahlerfolg im Jahre 1918 lehnte die Partei es auch ab, Abgeordnete ins Westminister-Parlament nach London zu entsenden, und rief stattdessen in Dublin die irische Unabhängigkeit aus. Der darauf folgende anglo-irische Krieg mündete 1922 zunächst in die Gründung eines Irischen Freistaats, von dem sich schließlich 1937 der größere Teil von Großbritannien löste und die Republik Irland bildete.[68]

Mit dem Ziel der politischen Wiedervereinigung der Insel unter alleiniger irischer Selbstverwaltung ist *Sinn Féin* sowohl in Nordirland als auch in der Republik

62 Vgl. »Flanders Wants to Preserve Its Heartland« [wie Fn. 52], S. 2.
63 Council of Europe, Chamber of Local Authorities, *Local Democracy in Belgium: Non-appointment by the Flemish Authorities of Three Mayors*, CPL(15)8REP, Straßburg, 31.10.2008, unter <https://wcd.coe.int>.
64 Vgl. The Congress of Local and Regional Authorities, *Local Democracy in Belgium: Non-appointment by the Flemish Authorities of Three Mayors, Recommendation 258 (2008)*, Straßburg, 2./3.12.2008, unter <https://wcd.coe.int>.
65 Vlaams Belang, *Der Vlaams Belang in Ihrer Sprache* [wie Fn. 53].
66 John Laughland, »Why Flemish Independence Is Important for Europe...«, in: *The Flemish Republic*, 21 (Jan./Feb./März 2008), S. 3, <www.flemishrepublic.org/files/flemishrepublic_2008-21.pdf>.

67 Vgl. »The currents of revolutionary thought in Ireland, the socialist and the nationalist are not antagonistic but complementary«, zitiert in Sinn Féin, *Overview. Building an Ireland of Equals*, 2008, <www.sinnfein.ie/policies>.
68 Anna Gamper, »XIV. Die ›devolution‹ im Vereinigten Königreich: Renaissance der historischen Nationen?«, in: Pernthaler (Hg.), *Zur Entstehung des modernen Minderheitenschutzes in Europa* [wie Fn. 58], Bd. 3, S. 415–441 (433).

Irland präsent.[69] Während die Partei im irischen Parlament mit nur vier von insgesamt 166 Abgeordneten vertreten ist – ihr Stimmenanteil betrug bei den letzten Wahlen im Jahre 2007 6,9 Prozent –, wurde sie im gleichen Jahr mit 26,2 Prozent zweitstärkste Partei im nordirischen Regionalparlament, wo sie derzeit 28 von 108 Mandaten besitzt. Aufgrund des in Nordirland praktizierten Power-Sharing-Systems ist *Sinn Féin* jedoch nicht auf die Oppositionsrolle zurückgeworfen, sondern stellt die Minister für Regionalentwicklung, für Landwirtschaft, für Bildung sowie den stellvertretenden Ersten Minister. Dagegen lehnt die Partei es demonstrativ ab, ihre fünf Abgeordnetenmandate im britischen Unterhaus wahrzunehmen, die ihr seit den Parlamentswahlen vom 5. Mai 2005 eigentlich zustehen. Denn sie folgt der Strategie irischer Politiker vom Anfang des 20. Jahrhunderts, die unter dem Begriff »abstentionism« bekannt geworden ist.

Ihre nationalistische Überzeugung erlaubt es der *Sinn Féin* also nicht, demokratische Partizipationsrechte im Vereinigten Königreich anzunehmen, hindert sie jedoch nicht daran, eine einheitliche Parteistruktur über die britisch-irische Landesgrenze hinweg aufzubauen. Dabei kann sie sich auf die Verfassung der Republik Irland berufen, die bis zum Jahre 1998 die gesamte Insel als irisches Staatsterritorium definierte. Der entsprechende Artikel 2 wurde erst im sogenannten Karfreitagsabkommen geändert. Heute heißt es dort abgeschwächt, dass sich »jede Person, die auf der Insel Irland, den dazugehörenden Inseln und den Küstengewässern geboren wurde«, als Angehöriger der irischen Nation bezeichnen darf, das heißt, die irische Staatsbürgerschaft beantragen kann. Die Vereinigung der Republik Irland mit dem britischen Nordirland bleibt indes auch nach dieser Verfassungsreform erklärtes Staatsziel (Art. 3), allerdings darf dieses nur mit friedlichen Mitteln angestrebt werden.[70] Die politische Zukunft von *Sinn Féin* hängt heute entscheidend davon ab, ob die Partei bereit ist, den nordirischen Friedensprozess zu unterstützen. Schließlich gab ihr Vorsitzender Gerry Adams im Jahre 2005 zu, dass er bis dahin mit der gewaltbereiten *Irisch-Republikanischen Armee* (IRA) zusammengearbeitet hatte.

Dass *Sinn Féin* einem ethnischen Nationsmodell anhängt, dafür gibt es eine Reihe von Indikatoren. Es zeigt sich vor allem in ihrem Bemühen um eine Aufwertung der irischen Sprache. In ihrer Publikation *Arts, Culture and Leisure* (»Kunst, Kultur, Freizeit«) ist die Entwicklung einer »bilingualen, irischen Sprachumgebung« ein wichtiger Programmpunkt. Zwar trifft es zu, dass »die irische Sprache wie die gesamte irische Kultur seit Jahrzehnten an Unterwicklung gelitten hat.«[71] Doch liegt dieser kulturelle Verlust weit länger zurück. Das Irische, das durch die Einwanderung keltischer Stämme auf die Insel kam und selbst andere Sprachen verdrängte, geriet nach der britischen Eroberung im 17. Jahrhundert in eine Minderheitenposition. Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts halbierte sich zudem durch Hungersnöte und Auswanderung die Bevölkerung innerhalb eines Jahrhunderts auf 2,8 Millionen (1946), von denen lediglich 20 Prozent die neue irische Amtssprache verstanden.[72] Wenn dieser Anteil heute doppelt so hoch ist, ist das auf die Bildungs- und Kulturpolitik der Republik Irland zurückzuführen, die das Irische für viele Lebensbereiche erstmals erschloss. Trotzdem ist die Zahl der irischen Muttersprachler gering geblieben. Nur 13,8 Prozent der Kinder kommen in den ersten vier Jahren mit dem Irischen in Kontakt, so dass es meist erst in der Schule als erste Fremdsprache gelernt werden muss.[73]

Die Entscheidung, das Irische zur offiziellen Amtssprache der Republik Irland zu machen, entsprach also nicht den gesellschaftlichen Realitäten, sondern sollte die kulturelle Distanz zu Großbritannien vergrößern. Daher befürchtet der Teil der nordirischen Bevölkerung, der bei Großbritannien verbleiben will, dass es *Sinn Féin* weniger um die Förderung der Mehrsprachigkeit geht als vielmehr um den Aufbau einer irischen Sprachidentität, die andere britische Staatsbürger der Region ausgrenzen könnte. Dazu gehören nicht nur jene Bevölkerungsgruppe mit englischer Muttersprache, sondern auch die Ulster Scots.

Wie eng für *Sinn Féin* die nationale und sprachliche Identität zusammenhängen, zeigt sich auch auf EU-Ebene. Einerseits begrüßte die Partei die Anerkennung

69 Sinn Féin, »Building an Ireland of Equals [wie Fn. 67]. »Ein Irland von gleichberechtigten Staatsbürgern aufbauen«, das heißt zusammen mit dem restlichen Irland.

70 Verfassung der Republik Irland vom 1.7.1937, <www.verfassungen.de/irl/verf37-i.htm>.

71 »The Irish language and Gaelic culture in general have suffered from decades of underdevelopment«, Sinn Féin, *Arts, Culture and Leisure. A Policy Review Paper*, September 2001, S. 8, <www.sinnfein.ie/policies/document/121>.

72 »Table 1. Irish speakers and non-Irish speakers in each Province at each census since 1861« und »Table 2. Percentage of Irish speakers in each Province at each census since 1861«, in: Central Statistics Office Ireland, *Census 2006. Volume 9 – Irish Language*, Dublin, Oktober 2007, S 11 und S. 12, <www.cso.ie/Census/census2006_volume9.htm>.

73 »Table 28A. Persons aged 3 years and over in families, classified by age group, type of family unit and ability to speak Irish«, in: ebd., S. 55.

des Irischen als offizielle Amtssprache der Europäischen Union zum 1. Januar 2007. Andererseits legt sie immer wieder Wert auf die Feststellung, dass sie die erste und einzige irische Partei ist, die im Europaparlament mit jeweils einem Abgeordneten aus der Republik Irland sowie aus Nordirland die gemeinsamen nationalen Interessen Irlands vertrete. Von diesen nationalen »irischen Souveränitätsrechten« dürfe jedoch nichts an Brüssel delegiert werden, vielmehr müsse sich das Projekt der Europäischen Integration auf eine intergouvernementale Zusammenarbeit beschränken.[74] Deshalb hat *Sinn Féin* als einzige irische Partei seine Anhänger nicht nur gegen den Europäischen Verfassungsvertrag, sondern im jüngsten Referendum auch gegen den Reformvertrag von Lissabon mobilisiert.

Liga Polskich Rodzin (LPR, Liga der polnischen Familien)

Die *Liga der Polnischen Familien* (*Liga Polskich Rodzin,* LPR) wurde wegen der niedrigen Beteiligung bei den ersten polnischen Wahlen zum Europaparlament 2004 mit 15,9 Prozent zweitstärkste Partei und entsendet seither 10 Abgeordnete nach Straßburg. Unter ihnen ist der stellvertretende LPR-Vorsitzende Maciej Giertych, der Hauptinitiator für die Gründung der *Liga*, die sich im Jahre 2001 aus verschiedenen Parteien, unter anderem der *Katholischen Nationalbewegung* und der *Nationalen Partei*, zusammenschloss. Diese Bündelung der Kräfte ermöglichte der LPR schon bald den Einzug ins polnische Parlament und im Jahre 2005 – nach dem Wahlerfolg der von den Zwillingsbrüdern Lech und Jarosław Kaczyński geführten Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość,* PiS) – sogar die Regierungsbeteiligung. Der Sohn des LPR-Gründers, Roman Giertych, übernahm ab 2006 für ein Jahr bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen das Bildungsministerium und das Amt des stellvertretenden Regierungschefs.

Die Wurzeln der Politikerdynastie Giertych reichen noch zwei weitere Generationen zurück, bis zu Franciszek Giertych, einem Geschäftsmann, der im wieder unabhängigen Polen der Zwischenkriegszeit die verbotene Bewegung der *Volksliga (Liga Narodowa)* und die aus ihr hervorgegangene *Nationale Partei* (*Stronnictwo Narodowe,* SN) finanziell unterstützte. Dessen Sohn, Jędrzej Giertych, schloss sich der NP an wurde schließlich Mitstreiter von Roman Dmowski, dem Gründer und geistigen Führer dieser Bewegung. Im Unterschied zu Józef Piłsudskis nationalistischen Plänen, die die Gründung einer Föderation mit der Ukraine und Litauen unter polnischer Führung vorsahen, setzte sich die SN seit ihrer Gründung 1928 die Schaffung eines ethnisch-homogenen, katholisch geprägten Nationalstaats zum Ziel. Mit dieser ideologischen Orientierung – bekannt unter der Bezeichnung »Endecja« – geriet sie in Gegensatz zu Piłsudski, so dass Teile der Bewegung noch während dessen Diktatur und schon vor Beginn des Zweiten Weltkriegs ins Exil auswichen.[75] Hierzu gehörten auch Jędrzej Giertych und dessen Sohn, der heutige EU-Abgeordnete Maciej Giertych, der in den sechziger Jahren aus Kanada nach Polen zurückkehrte und dort nach der Wende 1989 unter dem geistigen Vorbild Roman Dmowskis die *Nationale Partei* neu gründete. Währenddessen widmete sich Roman Giertych dem Wiederaufbau des Jugendverbands der Partei, der *Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszechpolska)*, der ebenfalls an die »antisemitischen, antideutschen und klerikalen Ideen« der Zwischenkriegszeit anknüpft.[76] Erst nach der Veröffentlichung eines Videos aus dem Jahre 2004, auf dem Mitglieder dieser Organisation vor einem brennenden Hakenkreuz einen polnischen »nationalen Sozialismus« fordern, begann sich Roman Giertych von der rechtsextremen Szene zu distanzieren.[77]

Diskriminierende Äußerungen aus den Reihen der LPR treffen heute jedoch nicht so sehr die Angehörigen jüdischen Glaubens, von denen nur wenige Krieg und Vernichtung überlebt haben, sondern in stärkerem Maße Menschen mit einer ethnischen, kulturel-

74 Sinn Féin, *An Ireland of Equals in a Europe of Equals. Sinn Féin EU Election Manifesto 2004*, S. 5, <www.sinnfein.ie/pdf/EU04ElectionManifesto.pdf>.

75 Peter Oliver Loew, »Zwillinge zwischen Endecja und Sanacja. Die neue polnische Rechtsregierung und ihre historischen Wurzeln«, in: *Eurozine*, <http://eurozine.com/pdf/2006-01-12-loew-de.pdf>, publiziert auch in: *Osteuropa*, 55 (2005) 11, S. 9–20. Vgl. ebenso Philip W. Barker, *Religious Nationalism in Modern Europe. If God Be for Us*, London 2008.

76 Konrad Schuller, »Neonazis in der Regierungspartei. Bilder aus der Liga Polnischer Familien«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.12.2006, S. 5; vgl. weiterführend Ulrich Schmid, »Eine glückliche Familie. Die Giertychs und ihre Ideologie«, in: *Osteuropa*, 56 (2006) 11–12, S. 69–80.

77 Olaf Sundermeyer, »Party unter brennendem Hakenkreuz«, in: *Spiegel online*, 6.12.2006; vgl. hierzu das Interview mit Roman Giertych, in dem er sich vom Antisemitismus Dmowskis distanziert: »Dmowskiego do Ligi bym nie przyjął [Dmowksi hätte ich nicht in die Liga aufgenommen]«, Interview mit Paweł Wroński, in: *Gazeta Wyborcza*, 16.7.2006.

len oder sexuellen Orientierung, die vom Ideal des nationalkatholischen Weltbilds der *Liga* abweicht. So ermutigte Roman Giertych im Jahre 2006 als Bildungsminister und stellvertretender Regierungschef die polnischen Ordnungskräfte, gewaltsam gegen Demonstranten vorzugehen, die auf Kundgebungen gegen ein erneutes Verbot der »Gleichstellungsparade« protestierten.[78] Ein Jahr später bezeichnete er die Organisatoren der »Parada Równości« für Toleranz und Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben als »ekelhafte Kinderschänder«, denen man sich entgegenstellen müsse, um die Werte der Familie zu verteidigen.[79] Dieser Vorfall einer offenen Diskriminierung Homosexueller durch polnische Regierungsvertreter und Behörden beschäftigte sogar das Europäische Parlament. In Anlehnung an die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU fasste es am 15. Juni 2006 eine Entschließung, die rassistisch motivierte Gewalttaten und Gewalt gegen Homosexuelle verurteilt.[80]

Während die Diskriminierung polnischer Homosexueller vor allem im europäischen Ausland auf Empörung stieß, löste die Änderung der Unterrichtspläne für Gymnasien in Polen selbst einen Sturm der Entrüstung aus. Roman Giertych ließ Dostojewski, Goethe, Kafka und Gombrowicz aus den Schullehrplänen streichen, um stattdessen den polnischen Schriftsteller Henryk Sienkiewicz zur Pflichtlektüre zu machen. Kritische Stimmen gaben zu bedenken, dass dessen historische Romane auf sehr eigenwilligen Interpretationen der polnischen Geschichte beruhten und »unzeitgemäße« Feindbilder gegenüber Deutschen, Schweden und Ukrainern beleben würden.[81] Darüber hinaus setzte das Ministerium Bücher auf den Lehrplan, die, wie es hieß, sich durch einen »hohen Gehalt an Patriotismus und christlichen Werten« auszeichneten, zum Beispiel »Onkel Karol. Priesterjahre eines Papstes« und »Patriotische Front der Nationalen Wiedergeburt«.[82]

Maciej Giertych machte 2007 mit seiner Broschüre *Civilisations at War in Europe* (poln. *Wojna cywilizacji w Europie*) von sich Reden, auf deren Deckel er das Logo des Europaparlaments drucken ließ.[83] Wegen des »fremdenfeindlichen« Inhalts dieser in drei Sprachen vorliegenden Schrift drohte ihm der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, mit Sanktionen.[84] Besonders interessant ist Giertychs Konzept der Nation, die er als eine geschlossene und kulturell geprägte Gemeinschaft definiert: »Polen ist seit über tausend Jahren ein Teil der lateinischen Zivilisation. Diese Zivilisation hat sich zwar auf der Basis des Antiken Rom, jedoch auch unter dem Einfluss der Ethik der Katholischen Kirche entwickelt.«[85] Auch die Nation sei schließlich eine »natürliche spirituelle Einheit« und durch die Religion geprägt, in Polen insbesondere durch den Katholizismus. Weil sie die »polnischen Traditionen, die katholische Religion« und die Souveränität des polnischen Volkes glaubt nicht anders zu bewahren können, wendet sich die LPR gegen einen »Europäischen Superstaat« und gegen eine europäische Verfassung.[86]

Zu den vorgezogenen polnischen Parlamentswahlen am 21. Oktober 2007 kandidierten die Spitzenpolitiker der LPR in einem Parteienbündnis unter dem Namen *Liga Prawicy Rzeczypospolitej (Liga der Republikanischen Rechten)*. Ihre Strategie, auf diese Weise Stimmen aus dem Lager der Regierungspartei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) abzuschöpfen, schlug jedoch fehl. Das Wahl-

78 »RPO: nie można ograniczać prawa do pokojowych zgromadzeń« [RPO: Das Recht auf eine friedliche Versammlung kann man nicht begrenzen], in: *Gazeta Wyborcza*, 9.6.2006.

79 Giertych ließ sich mit folgenden Worten zitieren: »Jestem tutaj, ponieważ popieram rodzinę i uważam, że trzeba przeciwstawić się temu, co było wczoraj, że wstrętni pederaści przyjechali tutaj z wielu krajów i próbowali narzucić nam swoją propagandę« [Ich bin hier, weil ich die Familie unterstütze und glaube, dass ich mich dagegen wenden muss, was gestern passiert ist, als die ekelhaften Kinderschänder aus vielen Ländern hierhergekommen sind und versucht haben, uns ihre Propaganda aufzuzwingen], in: »›Wstrętni pederaści‹ grożą Giertychowi sądem« [›Ekelhafte Kinderschänder‹ drohen Giertych mit dem Gericht], *Gazeta Wyborcza*, 22.5.2007.

80 *Zunahme rassistischer und homophober Gewalttaten in Europa. Entschließung des Europäischen Parlaments zur Zunahme rassistischer Gewalt und von Gewalt gegen Homosexuelle in Europa*, P6_TA(2006)0273, Straßburg, 15.6.2006.

81 Thomas Urban, »Verbrecher und Nihilisten. Polen verbannt Goethe, Kafka, Dostojewski aus der Schule«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.6.2007, S. 13.

82 Jörg Thomann, »Goethe raus und Karol Wojtyła rein: Polens neue Schullektüre«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.6.2007, S. 33.

83 Eine Abbildung des Buches *Civilisations at War in Europe*, 2007, ist auf der Website Maciej Giertychs zu sehen, <http://giertych.eu/?sr=!czytaj&dz=9&id=165>.

84 Europäisches Parlament, *Präsident Pöttering kündigt Sanktionen gegen Maciej Giertych (MdEP) an*, REF: 20070314 IPR04113, Brüssel, 14.3.2007.

85 Giertych, *Civilisations at War in Europe* [wie Fn. 83], S. 10.

86 Liga Polskich Rodzin, *Dlaczego Nie dla Eurokonstytucji?* [Warum Nein zur europäischen Verfassung?], 2007, S. 4, <http://logo.lpr.pl/ulotka.pdf> (eingesehen am 7.7.2008), siehe ebenso die an den polnischen Präsidenten Lech Kaczyński gerichtete Briefkampagne gegen einen »EU-Superstaat (superpaństwa UE)«, <www.lpr.pl/?q=superpanstwo&sr=szukaj>.

ergebnis von 1,3 Prozent bedeutete für die LPR nicht nur den Verlust der Regierungsämter, sondern den Absturz zu einer randständigen außerparlamentarischen Oppositionspartei. Doch angesichts der instabilen Verhältnisse der polnischen Parteiendemokratie kann sich die Situation für die LPR jederzeit wieder ändern. Es sei daran erinnert, dass ihr politischer Aufstieg im Jahre 2001 mit einer dezidiert EU-feindlichen Orientierung begann. Es ist nicht auszuschließen, dass sie mit den Wahlen zum Europaparlament im Juni 2009 ein politisches Comeback feiern wird.

Političeska Partija Ataka (Politische Partei Ataka, Bulgarien)

Die *Politische Partei Ataka* (bulg. *Političeska partija Ataka*) präsentiert sich seit ihrer Gründung am 17. April 2005 ganz offensiv als eine nationalistische Alternative zu den anderen etablierten Parteien in Bulgarien.[87] Ihr Gründer und Vorsitzender, Volen Siderov, arbeitete nach dem Ende des Živkov-Regimes im Jahre 1989/90 als Journalist bei der Tageszeitung *Demokracija*, einem Organ der damaligen liberal-konservativen *Union der Demokratischen Kräfte* (UDK), und stieg bald zu deren Chefredakteur auf. Im Verlauf der bulgarischen Transformation wandte er sich von seinen liberalen Überzeugungen ab und kritisierte zunehmend die sozialen Verwerfungen infolge jener Wirtschaftsreformen, die letztlich auch von den Sozialisten und vom ehemaligen Zar und Ministerpräsidenten der Jahre 2001 bis 2005, Simeon Sakskoburggotski, getragen wurden.[88]

Siderov vermochte es, seine Popularität nicht nur durch seine journalistische Tätigkeit, sondern vor allem durch medienwirksame Auftritte im Kabelsender »Skat« zu erhöhen.[89] Diesem Umstand ist es vermutlich zu verdanken, dass *Ataka* am 25. Juni 2005, nur wenige Wochen nach ihrer Gründung, bei den ersten Parlamentswahlen, an denen die Partei teilnahm, schon 8,9 Prozent erhielt. Einen weiteren Erfolg konnte Siderov bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2006 verbuchen. Er kam in die Stichwahl, unterlag dann aber mit 27 Prozent dem Sozialisten Georgi Părvanov. Bei den ersten direkten Wahlen zum Europaparlament, die Bulgarien wenige Monate nach seiner Aufnahme in die Europäische Union (20.5.2007) abhielt, konnte *Ataka* ihren politischen Einfluss weiter ausbauen. Nicht zuletzt dank der geringen Wahlbeteiligung (28,6%) kam sie landesweit auf 14,2 Prozent der Stimmen. In Straßburg und Brüssel ist die Partei seither mit drei Abgeordneten vertreten.

Die programmatischen Aussagen der Partei sind im Wesentlichen in zwei offiziellen Dokumenten niedergelegt, im sogenannten »Programmschema« *(Programma Shema)* und in den »20 Punkten der Partei Ataka« *(20 točki na partija ATAKA)*. In beiden kommt das ethnische Nationskonzept deutlich zum Ausdruck. Ungeachtet der tatsächlichen ethnischen Vielfalt der bulgarischen Bevölkerung definiert *Ataka* die bulgarische Nation als homogene Einheit: Bulgarien, so heißt es unter dem ersten der »20 Punkte«, bestehe aus einer Nation, die nach den Kriterien der »Religion, des Ethnos und der Kultur« unteilbar sei.[90] Um diese nationale Einheit zu erhalten, müsse das Bulgarische als alleinige Amtssprache im Land gestärkt werden, was unter anderem bedeute, dass die öffentlich-rechtlichen Medien »in keiner anderen Sprache senden dürfen« (Punkt 2). Mit diesen Forderungen verlangt *Ataka* insbesondere von der türkischsprachigen Minderheit sowie von den Sinti und Roma, die circa 15 Prozent der Bevölkerung ausmachen, eine völlige Unterordnung oder Assimilation, wie sie in der Spätphase der Živkov-Ära praktiziert worden war. Im Unterschied allerdings zum alten sozialistischen Regime misst *Ataka* der Religion eine identitätsstiftende Bedeutung zu. Auch will sie die Stellung der bulgarisch-orthodoxen Kirche, die von der neuen Verfassung bereits als traditionelle Glaubensgemeinschaft Bulgariens privilegiert wird, weiter aufwerten. Ihr Leitungsgremium, der Heilige Synod, müsse vom Staat finanziert werden und sei »bei allen wichtigen gesell-

87 Vgl. die englischsprachige Website der Partei: Political Party ATAKA, <www.ataka.bg/en/>. Dort heißt es kurz und knapp: »ATAKA (›Attack‹) is a Bulgarian nationalist party«.

88 Sabine Riedel, *Ex-Zar Simeon II. gescheitert? Überlegungen zu den Gestaltungsräumen der bulgarischen Wirtschafts- und Sozialpolitik*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2002 (SWP-Studie 35/02). Eine gekürzte Fassung erschien in *Osteuropa*, (2003) 1, S. 58–76.

89 Vgl. das Buch von Volen Siderov mit dem Titel »Mein Kampf für Bulgarien« unter: <www.vestnikataka.com/forum/>.

90 Vgl. »Bălgarija e ednonacionalna, monolitna dăržava, nepodležašta na razdeljane po nito edin ot slednite principi: verski, etničeski, kulturen«, in: *20 točki na partija Ataka* [*20 Punkte der Partei Ataka*], unter: <www.ataka.bg>; vgl. englisch »Bulgaria is mononational and integrated country that can not be a subject of division according to any of the following principles: religion, ethnos, and culture«.

schaftlichen Problemen und Gesetzesinitiativen« um Zustimmung zu bitten.[91]

Die antitürkische Orientierung der *Ataka* stößt in der bulgarischen Bevölkerung in mehrfacher Hinsicht auf fruchtbaren Boden. Zum einen ist die Partei der türkischsprachigen Minderheit, die *Bewegung für Rechte und Freiheiten* (*Dviženie za Prava i Svobodi*, DPS), seit einigen Jahren als Koalitionspartner an der Regierung beteiligt und damit wie die bulgarischen Mehrheitsparteien in Korruptionsaffären verwickelt.[92] Im Sommer 2007 sah sich schließlich auch ihr Vorsitzender, Ahmed Dogan, mit Bestechungsvorwürfen konfrontiert, was eine Regierungskrise auslöste. *Ataka* folgerte daraus, der Regierungschef sei zu einer »Marionette« Dogans und damit der türkischen Minderheit geworden.[93] Dies passt zum zentralen Motto ihres 20-Punkte-Programms: »Geben wir Bulgarien den Bulgaren zurück!«[94] Mit diesen Forderungen werden jene Schichten der Bevölkerung angesprochen, die zu den Verlierern der Wirtschaftstransformation gehören.

Zum anderen aber bedient *Ataka* eine nationalistische Stimmung in Bulgarien, die sich seit der demokratischen Wende im Jahre 1989 wieder stärkeres Gehör verschafft. Im Frühjahr 1990 beschloss die damalige sozialistische Regierung unter Andrej Lukanov, dass der 3. März künftig als neuer Nationalfeiertag gefeiert werden solle. Dieses Datum ist der Jahrestag des Vertrags von San Stefano, einem Vorort von Istanbul, wo das Osmanische Reich im Jahre 1878 einem weitgehend von Russland diktierten Frieden zustimmen musste. Er sah die Gründung eines großbulgarischen Staates vor, der Teile Nordgriechenlands sowie das Territorium der heutigen Republik Makedonien umfasste. Erst der Berliner Kongress vereitelte wenige Monate später die von Russland angestrebte Dominanz auf dem Balkan, willigte jedoch in die Gründung eines autonomen Fürstentums Bulgarien ein. In den bulgarischen Geschichtsbüchern wird deshalb das Jahr 1878 als die ersehnte »Befreiung Bulgariens vom Osmanischen Joch« gefeiert.[95] Die jährlichen Gedenktage am 3. März weiß *Ataka* für sich zu nutzen. Auf Plakaten sind Losungen wie »Keine neue türkische Knechtschaft« zu lesen.[96] Ein simplifizierendes Geschichtsbild stellt das multiethnische osmanische Reich als Völkergefängnis dar, in dem die Bulgaren ihrer slawischen und christlichen Identität beraubt worden seien. Dieses Klischee wird umstandslos auf die heutige Situation übertragen, um Ängste vor der türkischsprachigen Minderheit und der Türkei zu schüren.

Die jüngsten Entwicklungen zeigen, wie diese Kampagnen der *Ataka* die interethnischen Spannungen anheizen: Anfang November 2008 sprach sich der Bürgermeister von Sofia und Vorsitzende der starken Oppositionspartei GERB, Bojko Borisov, für gesetzliche Regelungen zum Schutz bulgarischer Namen vor allem unter der muslimischen Bevölkerung aus. Seitdem werfen ihm Abgeordnete der Partei der türkischsprachigen Minderheit (DPS) vor, die Assimilationspolitik Todor Živkovs wiederbeleben zu wollen.[97] Zwar distanzierte sich Borisov kurze Zeit später von der Politik Živkovs, doch durch die Profilierung mit antitürkischen Ressentiments ist seine Partei für die DPS zu einem ernsthaften politischen Konkurrenten geworden. Während *Ataka* bisher noch am Rande des politischen Parteienspektrums steht, könnte die GERB die DPS bei einer Regierungsumbildung unter Führung der Sozialisten beerben. Der Ataka-Vorsitzende Volen Siderov hat bereits eine Strategie im Falle einer Zuspitzung der Regierungskrise entwickelt: Anfang Juli 2008 äußerte er seine Bereitschaft, Bojko Borisov als neuen Ministerpräsidenten zu unterstützen.[98]

91 Vgl. *Ataka. Programna shema. 6. Veroizpovedanie* [*Ataka. Programmschema, 6. Glaubensbekenntnis*], <www.ataka.bg/index.php?option=com_content&task=view&id=14>.

92 In einer Umfrage des bulgarischen Meinungsforschungsinstituts *Vitosha Research* schätzten die befragten führenden Unternehmer, dass ein bulgarischer Minister im Durchschnitt 500 000 Millionen Euro durch Korruptionsgeschäfte verdient, vgl. Antoineta Nenkova, »Korruption unter Politikern und Beamten in Bulgarien. Nicht nur in der Hauptstadt Sofia öffnet Geld viele Türen«, in: *Deutsche Welle*, 12.4.2005; vgl. hierzu <www.vitosha-research.com>.

93 Alexander Andreev, »Regierungskrise in Bulgarien. Stanischew greift durch«, in: *Deutsche Welle*, 3.6.2007.

94 Vgl. »Da vărnem Bălgarija na bălgarite«, in: *20 točki na partija Ataka* [*20 Punkte der Partei Ataka*], unter <www.ataka.bg>.

95 Vgl. die Fotogalerie auf der *Ataka*-Website mit Bildern von Demonstrationen am bulgarischen Nationalfeiertag unter dem Motto »Keine neue türkische Knechtschaft« (3.3.2008) und »Nehmen wir uns Bulgarien zurück« (3.3.2006), <www.ataka.bg/>.

96 Riedel, *Die Erfindung der Balkanvölker* [wie Fn. 10], S. 128.

97 Bojko Borisov: »S temata za Văzroditelnija proces se otklonjava vnimanieto ot korupcijata [Mit dem Thema Wiedergeburtsprozess wird von der Korruption abgelenkt]«, in: *Mediapool.bg* (online), 2.11.2008, <www.mediapool.bg/show/?storyid=145358>.

98 Volen Siderov: »Ataka e gotova da podkrepi Bojko Borisov kato premier, ako izpălnjava principite ni [Ataka ist bereit, Bojko Borisov als Ministerpräsidenten zu unterstützen, wenn er unsere Prinzipen unterstützt]«, Interview mit Volen Siderov, 2.7.2008, <www.ataka.bg/index.php?option=com_content&task=view&id=889&Itemid=61>.

Tēvzemei un Brīvībai/LNNK (Für Vaterland und Freiheit/Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung)

Das Konzept einer auf Abstammung und Sprache gründenden Nation diente den baltischen Republiken Ende der achtziger Jahre als ideologischer Bezugspunkt, um ihre Forderungen nach staatlicher Unabhängigkeit von der Sowjetunion durchzusetzen. Damit lebte auch ein nationalistisches Gedankengut wieder auf, das in Lettland schon einmal, während des Zweiten Weltkriegs, Konjunktur gehabt hatte, als lettische Nationalisten mit dem deutschen Nationalsozialismus kooperiert hatten, um die sowjetischen Machtansprüche auf das Baltikum zurückzuweisen. In seiner heutigen Ausprägung richtet sich der lettische Nationalismus gegen die nicht-lettischsprachige Bevölkerung, also gegen jene in Lettland lebenden Personen mit einer russischen (ca. 246 000), weißrussischen (43 000) oder ukrainischen (50 000) Sprachidentität. Diese werden pauschal als Invasoren und Okkupanten stigmatisiert. Mit der Souveränitätserklärung Lettlands im Jahre 1991 wurden die Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppen zu Staatenlosen ohne jegliche politische Mitsprache und Wahlrechte. Denn das neue lettische Staatsangehörigkeitsgesetz machte sie zu sogenannten »Nicht-Bürgern«.[99] Erst durch den Beitritt Lettlands zur Europäischen Union und die ihm vorausgehenden Verhandlungen hat sich die Lage der »Nicht-Bürger« geringfügig verbessert. Ihre Zahl reduzierte sich allmählich von 876 000 (1993) auf derzeit etwa 372 000. Das bedeutet allerdings nach wie vor, dass heute jeder sechste Einwohner Lettlands ohne lettischen Pass ist.[100]

Am radikalsten wird die Ideologie des Nationalismus von der Partei *Für Vaterland und Freiheit/LNNK (Tēvzemei un Brīvībai/LNNK)* vertreten, wenngleich diese sich selbst als »national-konservativ« bezeichnet.[101] Die Abkürzung LNNK steht für *Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung (Latvijas Nacionālās Neatkarības Kustīb)*, die zwischen 1988 und 1995 als eigenständige Partei agierte. Ihr Gründer, Einars Repše, wurde kurz nach der Unabhängigkeit Lettlands für zehn Jahre Chef der Lettischen Zentralbank, gründete nach seinem Ausscheiden 2001 die Partei *Neue Ära* und übernahm 2002 – nach deren sensationellem Wahlerfolg – das Amt des Ministerpräsidenten. Während Repše mit seiner neuen Partei seine politische Kariere fortsetzte, blieb *Für Vaterland und Freiheit/LNNK* seit Mitte der neunziger Jahre mit wenigen Ausnahmen stets in eine Regierungskoalition eingebunden. Derzeit besetzt sie drei Ministerien, unter anderem die für Justiz und Wirtschaft.

Die nationalistische Ideologie der *Für Vaterland und Freiheit/LNNK* lässt sich an folgenden Programmpunkten und Handlungen erkennen: Anfang Oktober 2007 brachte die Partei einen Gesetzesvorschlag ins lettische Parlament ein, um »Veteranen der Waffen-SS-Legion staatliche Vergünstigungen einzuräumen«.[102] Diese Initiative rechtfertigte sie mit dem Gebot der Gleichstellung der Betroffenen mit Angehörigen der Sowjetarmee. Darüber hinaus tritt sie dafür ein, zahlreiche Integrationsmaßnahmen gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung zurückzunehmen. Stein des Anstoßes ist für sie die Bildungs- und Schulpolitik, die von allen Einwohnern Kenntnisse der lettischen Amtssprache verlangt, eine zweifelsohne sinnvolle Maßnahme. Doch verteidigt *Für Vaterland und Freiheit/LNNK* die hohen finanziellen Hürden für Sprachprüfungen und fordert zusätzliche Verbote gegen den Gebrauch der russischen Sprache.[103] Die Partei möchte die lettische Nation also um jeden Preis als Sprachnation modellieren und die Herausbildung einer Staatsnation verhindern, die dem multiethnischen Charakter der lettischen Bevölkerung am ehesten entsprechen würde.

Im Frühjahr 2008 hat der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Knut Vollebaek, Lettland besucht und dessen Staatsangehörigkeitsrecht kritisiert. Er forderte insbesondere den lettischen Justizminister dazu auf, die Gesetze so zu ändern, dass der staatenlosen russischsprachigen Bevölkerung das Wahlrecht zuerkannt und zumindest deren Kindern ein Recht auf die lettische Staatsbürgerschaft eingeräumt würden.[104] Doch Justizminister Gaidis

99 In der englischen Übersetzung: »Non-citizen«. Der Status wurde eigens für die ehemaligen sowjetischen Staatsbürger ohne neue lettische Staatsangehörigkeit eingeführt, siehe *Citizenship Law*, *Chapter One. General Provisions*, 22.6.1998, <www.np.gov.lv/en/faili_en/The_law_of_citizenship.pdf>.

100 Latvian Human Rights Committee, The Greens/European Free Alliance in the European Parliament, *Citizens of a Non-existent State. The Long-term Phenomenon of Mass Statelessness in Latvia*, Riga 2008, S. 11, vgl. <www.zapchel.lv/pdf/citizens_nonexisting.pdf>.

101 Der Internetauftritt der Partei ist nur auf Lettisch, siehe <www.tb.lv/>.

102 »Lettland: Parlament stimmt gegen Privilegien für SS-Veteranen«, *RIA Novosti*, 4.10.2007.

103 »Verbot der russischen Sprache im lettischen Parlament initiiert«, in: *RIA Novosti*, 19.9.2006.

104 *OSCE High Commissioner Discusses Naturalization, Education Reform in Latvia. Press release*, Riga, 23.5.2008, <www.osce.org/hcnm/item_1_30826.html>.

Bērziņš, Mitglied der Partei *Für Vaterland und Freiheit/LNNK*, lehnt dies kategorisch ab.[105] Auch die Europäische Kommission des Europarats gegen Rassismus und Intoleranz hat sich bereits mit der Lage der Staatenlosen Lettlands befasst und Anfang des Jahres 2008 einen ausführlichen Bericht publiziert. Darin wird die lettische Regierung nochmals ermahnt, den Einbürgerungsprozess zu beschleunigen und den Status der »Nicht-Bürger« als »Bürger zweiter Klasse« zu beseitigen.[106] Am 2. Dezember 2008 nahm der Europarat mehrheitlich die Empfehlung an, in der die lettische Regierung dazu aufgefordert wird, den Staatenlosen unverzüglich das kommunale Wahlrecht zuzubilligen.

Mit ihrer Ausgrenzungspolitik gegenüber den ehemaligen sowjetischen Staatsbürgern nicht-lettischer Sprachidentität konnte die Partei *Für Vaterland und Freiheit/LNNK* bei den Parlamentswahlen im Jahre 1998 noch 14,7 Prozent der Wähler mobilisieren, 2006 dagegen schmolz ihr Rückhalt auf 6,9 Prozent. Wesentlich erfolgreicher schnitt sie bei den ersten Wahlen zum Europaparlament im Jahre 2004 ab, wo sie – wohl auch dank der niedrigen Wahlbeteiligung – 29 Prozent der Stimmen erhielt. Vier der insgesamt neun lettischen Abgeordneten im Straßburger Parlament sind seither Mitglieder der nationalistischen Partei, unter anderem auch ihr Vorsitzender Roberts Zīle.[107] Im Verlauf des Jahre 2008 haben jedoch drei Vertreter die Partei verlassen, um die *Bürgerunion (Pilsoniskā savienība)* zu gründen.

105 »Lettlands Justizminister lehnt mehr Rechte für Nicht-Bürger ab«, in: *RIA Novosti*, 23.4.2008.
106 Council of Europe, European Commission against Racism and Intolerance, *Third Report on Latvia, Adopted on 29 June 2007*, Straßburg, 12.2.2008, CRI(2008)2, S. 6, <www.coe.int/t/e/human_rights/ecri/1-ecri/2-country-by-country_approach/latvia/Latvia%20third%20report%20-%20cri08-2.pdf>.
107 Der Internetauftritt der EU-Abgeordneten *Für Vaterland und Freiheit/LNNK* ist nur auf Lettisch, <www.ep-uen.lv/>.

Bündnisse und Standpunkte in europäischen Debatten

Da es bisher kaum gesamteuropäische Parteien gibt, sondern nur Parteienbündnisse, sind die nationalen Parteien der Mitgliedstaaten immer noch die eigentlichen Hauptakteure im Europaparlament. Die Geschäftsordnung hält diese allerdings dazu an, sich zu supranationalen politischen Fraktionen zusammenzuschließen, um die eigentliche Parlamentsarbeit zu organisieren. So bestimmen die Fraktionen nicht nur die Inhalte und die Tagesordnung der Parlamentsdebatten, sondern entscheiden auch über die Besetzung wichtiger Positionen, wie zum Beispiel des Parlamentspräsidenten und dessen Vizepräsidenten, der Vorsitzenden der 23 parlamentarischen Ausschüsse und der sechs Quästoren, die für verwaltungstechnische und finanzpolitische Angelegenheiten zuständig sind. Schließlich erhalten die Fraktionen auch finanzielle Zuschüsse und zusätzliche personelle Ressourcen.

Damit eine Fraktion gegründet werden kann, müssen sich mindestens 20 der insgesamt 785 Abgeordneten aus fünf verschiedenen Mitgliedstaaten zusammenfinden. Die meisten nationalen Parteien haben sich entlang des bekannten Links-Mitte-Rechts-Schemas zusammengeschlossen. Rund 78 Prozent aller Abgeordneten verteilen sich auf die Fraktion der *Europäischen Volkspartei* (EVP), die *Sozialdemokratische Fraktion* (SPE) oder die Fraktion *Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa* (ALDE). Doch schon die *Grünen* lassen sich diesen traditionellen Kategorien nicht mehr eindeutig zuordnen. Denn zu ihrer Fraktion gehören auch Abgeordnete der *Freien Europäischen Allianz* (EFA), die sich mehr für die Anliegen einzelner Regionen als für Umweltfragen einsetzen, sowie eine dänische Abgeordnete der *Socialistisk Folkeparti* (SF). Dagegen bildet die sogenannte *Nordische Grüne Linke* eine gemeinsame Fraktion mit der *Vereinigten Europäischen Linken*, unter deren Dach sich Kräfte mit einer sozialistischen Orientierung sammeln. Die übrigen 12 Prozent der Abgeordneten verteilen sich entweder auf die beiden EU-kritischen Fraktionen *Unabhängigkeit/Demokratie* (ID) und *Union für ein Europa der Nationen* (UEN) oder sind fraktionslos (32 Abgeordnete).

Dieses Kapitel widmet sich nun der Analyse der Parlamentsarbeit jener Parteien, die, wie im ersten Teil dargelegt, eine nationalistische Agenda verfolgen. Mit Ausnahme der irischen *Sinn Féin*, die im Europaparlament mit den *Vereinigten Europäischen Linken* (GUE/NGL) zusammenarbeitet, gehören die Vertreter dieser Parteien alle zu jenen 12 Prozent der Abgeordneten, die sich vor allem durch ihre Kritik am Projekt der europäischen Integration von der großen Mehrheit ihrer Parlamentskollegen abheben. Im Folgenden soll untersucht werden, auf welche programmatischen Punkte die Nationalisten im EP derzeit ihre Aktivitäten fokussieren, ob und wie sie Bündnisse im Europaparlament schmieden und wie sich diese Kooperationen mit ihren exklusiven Nationskonzepten vertragen, die eher geeignet sind, ethnische und internationale Konflikte zu schüren. Zum anderen soll gezeigt werden, wie sie die Europaidee für ihre nationalstaatliche Interessenpolitik instrumentalisieren und ihre Ablehnung des Integrationsprozesses als Verteidigung europäischer Kulturwerte darstellen. Denn nationalistische Parteien haben trotz all ihrer Vorbehalte gegenüber dem europäischen Einigungsgedanken eigene Europa-Konzeptionen.

Zuvor ist noch darauf hinzuweisen, dass nationalistische Denkmuster und Anschauungen nicht nur von den oben vorgestellten Parteien gepflegt werden, sondern auch bei anderen Parteien und Fraktionen des Europaparlaments anzutreffen sind, vor allem bei den Regionalparteien, die für ihre Region eine Eigenstaatlichkeit anstreben. Ein Beispiel hierfür ist das Parteienbündnis GalEusCa, das drei spanische Regionalparteien aus dem spanischen Baskenland, Katalonien und Galizien im Vorfeld der letzten Wahlen zum Europaparlament gegründet haben. Die beiden EU-Abgeordneten dieses Bündnisses haben sich zwar der Fraktion der *Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa* angeschlossen. Der baskische Vertreter ist aber Mitglied jener *Baskischen Nationalistischen Partei* (PNV), die ein Referendum über die Unabhängigkeit des Baskenlands von Spanien fordert und im Regionalparlament für ein Gesetz gestimmt hat, wonach ab dem Schuljahr 2009/10 der Unterricht in den öffentlichen Schulen nur noch auf Baskisch stattfinden darf.[108] Auch die *Scottish National Party* fordert seit längerem ein Referen-

108 »Erzwungener Zungenschlag. Das Baskenland schafft Spanisch als Unterrichtssprache ab«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26.6.2008, S. 15.

dum über die Unabhängigkeit Schottlands von Großbritannien.[109] Im EU-Parlament ist sie jedoch Mitglied der *Freien Europäischen Allianz* (EFA), die die Ideologie eines »demokratischen Nationalismus« vertritt. Danach sollen sogenannte staatenlose Kultur- und Sprachnationen in Europa das Recht auf einen eigenen Staat bekommen.[110] Während die Vertreter der EFA, wie erwähnt, eine gemeinsame Fraktion mit den *Grünen* bilden, hat sich der EU-Abgeordnete der *Südtiroler Volkspartei* (SVP) der *Fraktion der Europäischen Volkspartei* angeschlossen. Auch die SVP möchte den derzeitigen Autonomiestatus der italienischen Region Trentino-Südtirol als eine »dynamische Autonomie« verstanden wissen, die sie mehr und mehr in Richtung einer Eigenstaatlichkeit ausbauen will.[111]

Fraktion Union für ein Europa der Nationen (UEN)

Auch unter den großen Volksparteien gibt es Anhänger nationalistischer Ideen. So verfolgt die irische Regierungspartei *Fianna Fáil* ebenso wie *Sinn Féin* das Ziel, die Republik Irland mit dem zu Großbritannien gehörenden Nordirland zu einem ethnisch definierten Nationalstaat zu vereinen. Bereits der Name *Fianna Fáil* (übersetzt: *Soldaten des Schicksals*) verweist auf die Umstände der Gründung dieser Partei im Jahr 1926. Zu diesem Zeitpunkt kämpften deren Anhänger noch gewaltsam für eine Unabhängigkeit des Irischen Freistaats (1922–1937) von Großbritannien. Heute allerdings akzeptiert die Partei nach eigenem Bekunden nur noch friedliche Mittel, um ihr Ziel einer gesamtirischen Regierung zu erreichen. Deshalb bezeichnet sie ihren Nationalismus als »verfassungskonform« (als »constitutional nationalism«), während sie den »militanten Nationalismus« (»militant nationalism«) der IRA in Nordirland ablehnt.[112]

Die nationalistische Agenda ist wohl für *Fianna Fáil* auch das entscheidende Scharnier für ihre Kooperation mit der *Alleanza Nazionale*, der *Liga der polnischen Familien* und der lettischen Partei *Für Vaterland und Freiheit*/LNNK, deren nationalistische Programmatiken oben ausführlich analysiert wurden. Als Forum der parlamentarischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene dient die EU-Fraktion *Union für ein Europa der Nationen* (UEN), die derzeit 43 Abgeordnete zählt. In einem Grundsatzpapier bekennt sich diese Fraktion zu der Überzeugung, dass sich die Europäische Union nur weiterentwickeln könne, wenn »Tradition, Souveränität, Demokratie und die Identität der europäischen Völker« respektiert würden.[113] Damit öffnet sie sich all jenen Parteien, die die Europäische Integration, wie sie sich gegenwärtig darstellt, kritisieren und auf eine zwischenstaatliche Regierungszusammenarbeit reduzieren möchten. Diese Haltung der UEN erklärt auch ihre guten Beziehungen zu der kleineren EU-Fraktion *Unabhängigkeit/Demokratie* (ID), deren 23 Mitglieder sich nach eigenem Bekunden als »EU-Kritiker, Euroskeptiker und Eurorealisten« zusammengefunden haben, um in ihren jeweiligen Nationalstaaten eine Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags bzw. des nachfolgenden Reformvertrags von Lissabon durchzusetzen.[114] Die Verbindung beider Gruppen zeigt sich darin, dass sich Parteien aus beiden Fraktionen im Dezember 2004 zu einem europäischen Parteienbündnis unter dem Namen *Allianz für das Europa der Nationen* (AEN) zusammengeschlossen haben.[115]

Zur EU-Fraktion *Unabhängigkeit/Demokratie* gehörten ursprünglich auch die vier Abgeordneten der italienischen *Lega Nord*. Nachdem sie im Frühjahr 2006 aus der Fraktion ausgeschlossen wurden, arbeiten sie nun in der *Union für ein Europa der Nationen* mit. Anlass für den Ausschluss war der Streit um die in einer dänischen Zeitung erschienenen Mohammed-Karikaturen. Ein führender Politiker der *Lega Nord*, Roberto Calderoli, hatte in der Sache dezidiert Partei ergriffen und vor laufenden Kameras im italienischen Fernsehsender RAI sein T-Shirt mit einer Mohammed-Karikatur gezeigt. In Afrika kam es daraufhin zu Massenprotesten, bei denen zahlreiche Menschen ihr Leben verloren. Selbst nach seinem Rücktritt als Reformminister der Regierung Silvio Berlusconi hielt sich Calderoli mit

109 »Brown warnt vor Sezessionismus. Rede zu Schottland – Straw: Britisches Parlament stärken«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.3.2008, S. 5.
110 Vgl. »Nationalistische Regionalparteien im EU-Parlament«, in: Riedel, *Regionaler Nationalismus* [wie Fn. 25], S. 13.
111 Südtiroler Volkspartei, *Das neue Programm der Südtiroler Volkspartei, beschlossen von der Landesversammlung am 8. Mai 1993*, vgl. <www.svpartei.org/smartedit/documents/download/grundsatzprogramm.pdf >.
112 Speech by An Taoiseach [= Ministerpräsident] Bertie Ahern at Fianna Fáil Parliamentary Party Meeting, 17.9.2007, <www.fiannafail.ie/article.phpx?topic=151&id=7883&nav=-Press>.

113 Union for Europe of the Nations, *UEN-Charter*, <www.uengroup.org/home.html>.
114 Independence/Democracy Group in the European Parliament, *Who We Are – Our Program*, <http://indemgroup.eu>.
115 Alliance for Europe of the Nations, *Parties*, <www.aensite.org/>.

rassistischen Äußerungen nicht zurück. Während der Fußballweltmeisterschaft 2006 diskreditierte er die französische Elf als eine Mannschaft ohne »eigene Identität«, was sich daran ablesen lasse, dass in ihr »Neger, Muslime und Kommunisten« spielten.[116]

Rassistische Töne schlägt die *Lega Nord* aber auch gegen italienische Muslime an, deren Zahl auf rund 1 Million geschätzt wird. Die *Lega* organisiert Protestmärsche gegen den Bau von Moscheen und beteiligt sich an provokativen Aktionen, bei denen Orte, an denen sakrale Bauwerke für Muslime entstehen sollen, bewusst entweiht werden.[117] Berlusconis ehemaliger Justizminister Roberto Castelli, ebenfalls Mitglied der *Lega Nord*, kündigte im März 2006 an, er werde muslimische Frauen mit Kopftuch oder Schleicher auf der Grundlage eines königlichen Dekrets aus dem Jahre 1931 als »maskiert Herumlaufende« verurteilen.[118] Zahlreiche Bedrohungen und Diskriminierungen von muslimischen Frauen waren die unmittelbare Folge. Diese Beispiele zeigen, dass sich Politiker mit einer islamfeindlichen Grundüberzeugung weniger an populären Mehrheitsmeinungen orientieren, sondern mit ihren provozierenden Aktionen erst jene gesellschaftlichen Spannungen erzeugen, von denen sie im weiteren Verlauf des Konflikts politisch profitieren. Schließlich kann man schwerlich der Mehrheit der italienischen Bevölkerung eine Islamphobie und den Wunsch nach einer gesellschaftlichen Ausgrenzung italienischer Muslime unterstellen.

Das Gleiche gilt für die Einwanderungspolitik. Auch hier erzeugt die *Lega Nord* seit geraumer Zeit eine Grundstimmung, die sie für ihre politischen Ziele dienstbar macht. So setzte sie Mitte 2002 als Koalitionspartner der Berlusconi-Regierung eine Neuregelung des Einwanderungsgesetzes durch, die die Menschenrechte von Asylsuchenden kaum beachtet: Wer von den gestrandeten illegalen Immigranten keine Arbeitserlaubnis hat – das sind nahezu 98 Prozent – soll umgehend in sein Heimatland zurückgeschickt werden. Als die nachfolgende Regierung Romano Prodi diese humanitären Defizite der Gesetzgebung korrigieren wollte, forcierte die *Lega Nord* ihre Kritik und forderte nun einen sofortigen Einwanderungsstopp und eine Rücknahme des kommunalen Wahlrechts für Ausländer.

Wie schon die antiislamische Propaganda ist auch die rigide migrationspolitische Agenda der *Lega Nord* in erster Linie an die Bevölkerung Norditaliens adressiert. Diese soll mobilisiert werden für das Ziel der Regionalpartei, Italien in einen föderativen Staat umzuwandeln, der wiederum nur eine Durchgangsetappe wäre auf dem Weg zu der letztendlich anvisierten staatlichen Unabhängigkeit »Padaniens«, eines Gebiets, das die norditalienischen Provinzen von den Alpen bis zum Apennin umfassen soll.[119] Dahinter steht die Vorstellung, dass sich die italienische Nation aus regionalen Identitäten zusammensetzt, die durch unterschiedliche kulturelle Traditionen geprägt sind. So wie es die »venezianische, friaulische, piemontesische, sizilianische, kalabrische, usw.« Identität gebe,[120] so verfüge auch das »padanische Volk« über eine innere Gemeinsamkeit, die ihr das Recht auf Eigenstaatlichkeit verschaffe. Zwar bleibt für die *Lega Nord* der Begriff »Nation« für das »italienische Volk« reserviert, doch kommt ihre Definition eines »popolo della Padania« dem ethnischen Nationsverständnis recht nahe. Wie derzeit am Beispiel der spanischen Regionen Katalonien und Baskenland zu beobachten ist, kann aus der Reklamation des Nationsstatus sehr schnell die Forderung nach Selbstbestimmung erwachsen. In jedem Fall ist das Konzept eines »padanischen Volks« – ob als »popolo« oder »nazione« – exklusiv, denn es grenzt Bevölkerungskreise mit einer anderen Herkunft, Sprache, Religion oder Kultur grundsätzlich aus, handele es sich bei ihnen auch nur um Bürger aus anderen Regionen Italiens.

Ehemalige Fraktion Identität, Tradition, Souveränität (ITS)

Das Motto der Fraktion *Union für ein Europa der Nationen* »Tradition, Souveränität, Demokratie und die Identität der europäischen Völker« hat sich ein Teil der frak-

116 »Italienischer Ex-Minister beleidigt französische WM-Elf«, in: *Spiegel online*, 11.7.2006, <www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,426147,00.html>.

117 Oliver Meiler, »Schweinsköpfe unter dem Minarett«, in: *Tages-Anzeiger*, 19.3.2007.

118 »Nur die Lega hetzt gegen den Schleier – Nur jeder dritte Einwanderer in Italien ist ein Muslim«, in: *Basler Zeitung*, 31.3.2006.

119 Die *Lega Nord* führt in ihrem Namenszug stets den Slogan »Per l'Indipendenza della Padania« (»Für die Unabhängigkeit Padaniens«), siehe auch Riedel, *Regionaler Nationalismus* [wie Fn. 25], S. 29.

120 Vgl. das folgende Bekenntnis der Lega Nord in ihrem Wahlprogramm von 2006: »Italianità sì, ma veneticità, friulanità, piemontesità, sicilianità, calabresità, ecc. certamente«, Lega Nord, *Programma elettorale della Lega Nord per gli italiani nel Mondo – 2006*, <www.leganordestero.org/documenti/programma-elettorale.php>.

tionslosen Abgeordneten im EU-Parlament zu eigen gemacht und in abgewandelter Form als Namen für eine selbständige, neue Fraktion gewählt: Die Teilnehmer ließen lediglich den Begriff »Demokratie« beiseite und nannten ihre Gruppe *Identität, Tradition, Souveränität* (ITS). Die Gründung dieses neuen Bündnisses kam jedoch erst mit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens am 1. Januar 2007 zustande. Bis dahin hatten die Initiatoren, der französische *Front National* (FN) und die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ), nicht genügend Kooperationspartner für eine Fraktion gefunden, die ausschließlich aus Parteien mit einer nationalistischen Programmatik bestehen sollte. Nun aber stellten sich die bulgarische *Politische Partei Ataka* sowie die *Partei Großrumänien* für ein solches Projekt zur Verfügung.

Was bereits oben von *Ataka* gesagt wurde, gilt auch für die rumänische Mitgliedsorganisation der ITS: Sie hat eine klare nationalistische Orientierung, die bereits in ihrem Parteinamen zum Ausdruck kommt: Ihr Ziel ist die Errichtung eines »Großrumänien«, das heißt eine Vergrößerung des gegenwärtigen rumänischen Staatsterritoriums um diejenigen Gebiete, in denen ihrer Meinung nach Rumänisch gesprochen wird, zum Beispiel die Republik Moldau. Von anderen Sprachminderheiten, so zum Beispiel von der ungarischsprechenden Bevölkerungsgruppe im rumänischen Siebenbürgen verlangen sie Assimilation und Unterordnung. Würden ihre Forderungen Realität, wäre dies gleichbedeutend mit der Aufhebung bestehender Minderheitenrechte und aller Maßnahmen, die auf die Mehrsprachigkeit unter der Bevölkerung Rumäniens Rücksicht nehmen, wie etwa des Rechts auf Unterricht in der Muttersprache, auf eigene Rundfunk- und Fernsehsender und mehrsprachige Ortsschilder.[121]

Der rumänische Nationalismus wurde bereits unter dem sozialistischen System gefördert, um die Herrschaft des Diktators Nicolae Ceauşescu zu stützen. Die vom Regime behauptete 2000 Jahre alte ethnische Kontinuität der heutigen rumänischen Nation – die wissenschaftlich jedoch nicht belegt werden kann – diente sowohl der ethnischen Ausdifferenzierung und rechtlichen Benachteiligung der Sprachminderheiten als auch zur Rechtfertigung außenpolitischer Aktivitäten, zum Beispiel der Beeinflussung der romanischsprachigen Bevölkerung der sowjetischen Moldaurepublik. Da der heutige Parteivorsitzende der *Partei Großrumänien*, Corneliu Vadim Tudor, seinerzeit zu Ceauşescus engstem Beraterkreis gehörte, steht er sowohl für eine ideologische als auch für eine personelle Kontinuität des rumänischen Nationalismus.

Ein Wahlplakat macht deutlich, was diese Partei in den letzten Jahren so erfolgreich gemacht hat: Ein erheblicher Teil der Bevölkerung Rumäniens ist trotz zahlreicher Reformanstrengungen bis heute unterversorgt. So versprach der Parteivorsitzende Tudor, der sich selbst als »Tribun« bezeichnet, auf einem Plakat für die Parlamentswahlen 2004 nicht weniger als »Essen, Wärme, Medikamente, Recht« und erhielt 12,9 Prozent der Stimmen.[122] Mit dem EU-Beitritt Rumäniens am 1. Januar 2007 konnte diese Partei deshalb fünf Abgeordnete nach Brüssel entsenden. Die offiziellen Wahlen zum EU-Parlament am 25. November 2007 bereiteten ihr indes eine Niederlage, da sie unter der Fünf-Prozent-Hürde blieb.

Das vorläufige Aus für die ITS-Fraktion war allerdings schon zwei Wochen früher gekommen. Denn ein Zerwürfnis der *Partei Großrumänien* mit den beiden italienischen Parlamentariern der ITS, Luca Romagnoli und Alessandra Mussolini, wegen deren Forderung nach einer sofortigen Ausweisung rumänischer Roma aus Italien führte am 12. November 2007 zur Auflösung der Fraktion. Auslöser des Bruchs war jedoch nicht, dass die rumänischen ITS-Abgeordneten Partei für die Roma rumänischer Staatsangehörigkeit ergriffen hätten. Sie empörten sich vielmehr darüber, dass die Roma, die sie ihrem exklusiven Nationsmodell zufolge ohnehin nicht zur rumänischen Nation rechnen, dem Ansehen Rumäniens in Europa geschadet hätten. Was sie ihren Fraktionskollegen also verübelten, war, dass diese nicht zwischen Roma und Rumänen unterschieden.

Luca Romagnoli und Alessandra Mussolini sind jeweils Vorsitzende des *Movimento Sociale Fiamma Tricolore* bzw. der *Alternativa Sociale Lista Mussolini*. Beides sind Nachfolgeorganisationen des *Movimento Sociale Italiano* (MSI), der im Jahre 1946 von Mitarbeitern Benito Mussolinis gegründet worden war. Erst als Gianfranco Fini im Jahre 1987 die Leitung dieser Bewegung übernahm und diese zu einer im Auftreten moderateren Partei unter neuem Namen – *Alleanza Nazionale* – umkrempeln wollte, kam es zur Spaltung. Das ideologische Erbe Mussolinis ist auch bei diesen beiden neofaschistischen Organisationen bis heute

121 Vgl. Riedel, *Die Erfindung der Balkanvölker* [wie Fn. 10], S. 195–212 bzw. S. 213–230, insbes. S. 222.

122 Siehe das Wahlplakat der Partei *Großrumänien* für Corneliu Vadim Tudor aus dem Jahre 2004, <http://en.wikipedia.org/wiki/Corneliu_Vadim_Tudor>.

erkennbar, insbesondere bei der Verwendung der Termini »Volk« und »Nation«.

So pflegt das Programm des *Movimento Sociale Fiamma Tricolore* einen Nationsbegriff, der vergleichbar mit dem der FPÖ die Nation als eine ethnisch determinierte Einheit definiert: »Wir verstehen unter der Nation [...] weder eine Ansammlung von Individuen oder Gruppen oder ein Volk, die zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt auf einem Territorium zusammenleben, sondern die einheitliche und (noch vor der biologischen) metaphysische Existenz eines Volkes (einer nationalen Gemeinschaft)«.[123] Dazu verweist das Programm auf ein Arbeitsgesetz aus dem Jahre 1927, das die italienische Nation definiert als »eine moralische, politische und ökonomische Einheit, die sich vollständig im faschistischen Staat verwirklicht«.[124] Auf dieser Grundlage lehnt der MS-FT einen politischen Nationsbegriff ab, der die Nationszugehörigkeit und damit auch die Einwanderung nach demokratischen Grundsätzen gesetzlich regelt. Auf Wahlplakaten, die ein Ende der illegalen Immigration fordern, präsentiert sich die Partei als »soziale und nationalpopuläre Alternative«.

Die andere Organisation, die in der Nachfolge des neofaschistischen MSI steht, ist die *Alternativa Sociale: Lista Mussolini* (AS). Ihr engster Bündnispartner ist die nationalistische Partei *Neue Kraft* (*Forza Nuova*, FN), die für die Enkelin des italienischen Diktators Benito Mussolini die Wahlkampagnen organisiert. Zwar sprechen die AS *Lista Mussolini* wie auch die FN von der »nazione italiana«; sie bevorzugen jedoch den Ausdruck »popolo italiano«, das heißt »italienisches Volk«. Dabei werden die Wörter »Nation« und »Volk« synonym verwendet und ebenfalls als eine von Kultur, Religion und gemeinsamen Traditionen determinierte Gemeinschaft verstanden. Um deren Identität zu bewahren, fordert die FN nicht nur einen Einwanderungsstopp, sondern darüber hinaus die »Rückführung aller außereuropäischen Einwanderer, einschließlich jener der zweiten und dritten Generation«.[125] Ausschlaggebend für ihre xenophobe Politik sind also nicht irgendwelche Defizite der sozialen Integration von Migranten, sondern prinzipiell das Bestreben, die römischen, katholischen und europäischen Grundlagen der italienischen Nation zu »rekonstruieren«. Es sei schließlich die »historische Mission« ihrer Bewegung, diese »Römische Zivilisation in die Welt hinauszutragen«.[126]

Während die beiden italienischen Abgeordneten ihre nationalistische Programmatik in eine Globalisierungskritik betten, aus der heraus sie wiederum soziale Forderungen ableiten, verbindet der britische Abgeordnete der ITS-Fraktion, Ashley Mote, sein xenophobes Weltbild mit liberalen Wirtschaftskonzepten. In früheren Jahren war Mote sogar Mitglied der *Liberal Party*, doch nach und nach ging er auf Distanz zur Europäischen Union. Schließlich trat er der *United Kingdom Independence Party* bei, für die er 2004 im Wahlkreis South East England ein Mandat im EU-Parlament gewann. In den letzten Jahren teilte Mote nicht nur das Ziel der *Independence Party* nach einem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Er unterstützt auch die Forderungen des italienischen *Movimento Sociale Fiamma Tricolore* nach einem Ausscheiden Italiens aus der Wirtschafts- und Währungsunion und fordert ebenso wie die anderen Mitgliedsorganisationen der ehemaligen ITS-Fraktion einen Einwanderungsstopp.[127]

Einwanderung und Integration

Die Auflösung der ITS-Fraktion am 12. November 2007 schien zunächst die Hoffnung vieler Abgeordneter zu bestätigen, dass sich die nationalistischen Parteien auf europäischer Ebene bald selbst »zerfleischen« würden und es sich auszahlt, sie mit formalen Mittel, zum Beispiel mit dem Entzug des Rederechts, politisch zu isolieren. Die Kontroverse über die illegalen Roma-Siedlungen in Italien hat allerdings nicht nur das Bündnis nationalistischer Parteien existentiell erschüttert, sondern in den darauf folgenden Monaten

123 Movimento Sociale Fiamma Tricolore, *Programma Politico 2006*, S. 27f., <www.fiammaliguria.it/PROGRAMMAfiammatricolore.pdf>.

124 Das Programm des MS-FT zitiert hier wörtlich aus dem faschistischen Arbeitsgesetz »Carta di Lavoro«: »›La Nazione Italiana è [...] una unità morale, politica ed economica che si realizza integralmente nello Stato fascista‹ (art. 1, Carta del Lavoro, 1927)«, siehe Movimento Sociale Fiamma Tricolore, *Programma Politico*, S. 24, unter <www.fiammatricolore.net/pdf/programma.pdf> (eingesehen am 29.8.2007).

125 Forza Nuova, *Forza Nuova per la ricostruzione nazionale. Manifesto politico di opposizione*, S. 18, <www.forzanuovaverona.org/archivio/volantini/20060810_documento_politico.pdf>.

126 Ebd., S. 12.

127 Ashley Mote publizierte 2003 das Buch *OverCrowded Britain. Our Immigration Crisis Exposed*.

das gesamte EU-Parlament beschäftigt.[128] In der Plenarsitzung am 20. Mai 2008 kam es zu einer offenen Debatte über die Lage der Roma in Italien, weil sich deren Situation durch den Regierungswechsel im April 2008 entscheidend verschlechtert hatte. Neue Gesetze sahen nicht nur die Abschiebung straffällig gewordener Einwanderer, sondern auch von Ausländern vor, die wie eine Vielzahl von Roma-Angehörigen »keinen ausreichenden Lebensunterhalt nachweisen können«.[129] Der italienische Außenminister Franco Frattini, ehemals immerhin EU-Kommissar, erwog eine Revision des Schengen-Abkommens und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten.

Die EU-Abgeordneten der *Alleanza Nazionale*, unter anderem Roberta Angelilli und Cristiana Muscardini, verteidigten diese Pläne. Schließlich war ihre Partei bei den italienischen Parlamentwahlen auf einer gemeinsamen Liste mit Silvio Berlusconis *Forza Italia* angetreten und ist nun auch im Bündnis mit der *Lega Nord* an der Regierung beteiligt.[130] Sie wiesen die Kritik anderer EU-Abgeordneter zurück und forderten im Namen der Fraktion *Union für ein Europa der Nationen* (UEN) ein gemeinsames Vorgehen gegen illegale Roma-Siedlungen auf europäischer Ebene.

Unterstützung erhielten sie von den italienischen Abgeordneten der beiden postfaschistischen Parteien der aufgelösten ITS-Fraktion: Während Luca Romagnoli, Vorsitzender des *Movimento Sociale Fiamma Tricolore*, die Einführung eines Gentests für alle Roma-Kinder vorschlug, sprach sich Roberto Fiore im Namen der *Alternativa Sociale: Lista Mussolini* für eine sofortige Abschiebung aller illegalen Einwanderer aus Südosteuropa aus.[131] Fiore, eigentlich Vorsitzender der rechtsextremen Organisation *Forza Nuova (Neue Kraft)*, hat mittlerweile Alessandra Mussolini als EU-Abgeordnete abgelöst. Auf europäischer Ebene gründete er im Jahre 2004 die *Europäische Nationale Front* (*European National Front*, ENF), in der auch die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) mitarbeitet.[132] Im Mai 2008 sind Mitglieder der *Forza Nuova* mit Brechstangen und Ketten gewaltsam gegen Roma und Studenten der römischen Universität La Sapienza vorgegangen.[133]

Wegen dieser Vorfälle hatte die Sozialdemokratische Fraktion des EU-Parlaments eine Debatte im Europaparlament beantragt, in der ihr Vorsitzender, Martin Schulz, mahnte: »Das Niederbrennen von Lagern, das Jagen von Menschen durch Straßen ist völlig unakzeptabel! Damit löst man kein einziges Problem.«[134] In ähnlicher Weise äußerten sich Vladimir Špidla aus der Tschechischen Republik, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, und der rumänische EU-Kommissar für Mehrsprachigkeit, Leonard Orban. Dieser wies an anderer Stelle in einem Interview darauf hin, dass Italien den europäischen Sozialfonds nicht genügend genutzt habe, um Integrationsmaßnahmen für Roma auf den Weg zu bringen. Das Gleiche gelte im Übrigen noch für andere EU-Mitgliedstaaten, zum Beispiel für Polen und die Tschechische Republik.

Mittlerweile hat auch der Europarat kritisch zur aktuellen Lage der Roma in Italien Stellung genommen. Der amtierende Generalsekretär des Rates, Terry Davis, erklärte, das Gesetzesvorhaben der italienischen Regierung, von allen Roma-Kindern Fingerabdrücke zu speichern, erinnere an die Zeit des italienischen Faschismus. Der Kommissar des Europarats für Menschenrechte, der Schwede Thomas Hammarberg, reiste am 16. Juni 2008 nach Italien, um mit der Regierung Berlusconi über deren Roma-Politik zu sprechen. Darüber hinaus unterstützt er ein gemeinsames Projekt der Europäischen Union und des Europarats zur Gründung eines Netzwerks zum Schutz der Rechte illegaler Einwanderer in Europa.[135] Diese Aktionen werden EU-Abgeordnete wie Roberto Fiore und die nationalistischen Kräfte im EP im Allgemeinen zwar

128 Siehe oben, S. 29. »Italiens Vorgehen gegen Roma spaltet Parlament«, in: *EurActiv.com*, 20.5.2008, <www.euractiv.com/de/soziales-europa/italiens-vorgehen-gegen-roma-spaltet-parlament/article-172510>.
129 »Italiens Innenminister fordert mehr Sicherheit. EU-Kommission gegen eine Revision des Schengen-Abkommens«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 17./18.5.2008, S. 3.
130 »14. Lage der Roma in Italien (Aussprache)«, in: *Verhandlungen des Europäischen Parlaments*, 20.5.2008, S. 88 und S. 90, <www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+CRE+20080520+SIT+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>.
131 Ebd., S. 89 und S. 91.
132 European National Front. For a Europe of the Nations, siehe die Website <www.europeannationalfront.org>.
133 Kordula Doerfler, »Scharfer Wind von rechts – In Italien häufen sich Übergriffe gegen Roma, Ausländer, Schwule und Linke«, in: *Berliner Zeitung*, 3.6.2008.
134 »14. Lage der Roma in Italien« [wie Fn. 130], S. 86.
135 Council of Europe. Commissioner for Human Rights, *Joint European Union – Council of Europe Programme. Protecting the Human Rights of Irregular Migrants:The Role of National Human Rights Structures*, CommDH/NHRS(2008)15, Straßburg, 17.6.2008, <https://wcd.coe.int>. Vgl. Council of Europe, *Roma and Travellers. Working with Roma to Improve Their Own Lives*, <www.coe.int/T/DG3/RomaTravellers/Default_en.asp>.

nicht überzeugen,[136] vielleicht aber andere Parteien und Fraktionen dazu veranlassen, deren Argumente zu prüfen und sich davon zu distanzieren. Immerhin hat Silvio Berlusconi einige der Maßnahmen, die ihm Innenminister Maroni von der Lega Nord vorgeschlagen hatte, zurückgenommen.

Europäische Integration/ Vertrag von Lissabon

Luca Romagnoli vom postfaschistischen *Movimento Sociale Fiamma Tricolore* hatte seinem Vorschlag, Gentests für Roma-Kinder einzuführen, noch folgende Idee hinzugefügt: »Damit die Roma usw. ihre Identität richtig entfalten können [...] schlage ich vor, dass die EU für die Errichtung eines Roma-Staates eintritt.«[137] Dieser Gedanke beruht auf dem Modell einer durch Abstammung, Sprache, Religion oder Kultur geprägten Nation, das nationalistische Parteien auch für ihre eigenen Nationen bevorzugen. Sehr deutlich kommt dieser Standpunkt in Debatten um den Europäischen Integrationsprozess zum Vorschein. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass eine kritische oder gar ablehnende Haltung gegenüber dem Reformvertrag von Lissabon nicht notwendigerweise eine nationalistische Haltung oder Ideologie voraussetzt. Schließlich insistieren eine ganze Reihe von Parteien des EU-Parlaments darauf, dass die Einzelstaaten ihren gegenwärtigen Bestand an Souveränität bewahren, nicht nur aus der ehemaligen ITS-Fraktion, sondern auch aus den Fraktionen *Unabhängigkeit/Demokratie* und *Union für ein Europa der Nationen*.

Am 19. und 20. Februar 2008 standen im Europaparlament zwei Plenardebatten auf der Tagesordnung, eine Aussprache über die Zukunft Europas und eine über den Vertrag von Lissabon. Kritische und ablehnende Stellungnahmen sowohl zur einen wie zur anderen Materie waren dabei am deutlichsten von Seiten der EU-Abgeordneten der Fraktion *Unabhängigkeit/Demokratie* zu vernehmen. So argumentierte zum Beispiel Jens Peter Bonde von der dänischen *Junibewegung (Junibewægelsen)*, dass der Reformvertrag von Lissabon wie schon der Europäische Verfassungsvertrag die Kompetenzen der EU-Institutionen zu Lasten der staatlichen Souveränität Dänemarks einschränke und somit im Widerspruch zur dänischen Verfassung aus dem Jahre 1949 stehe. Deshalb fordere seine Partei eine erneute Volksabstimmung in Dänemark.[138] An den Präsidenten des EU-Parlaments wandte er sich mit der Frage, »warum in der dänischen Übersetzung die neue ›zusätzliche Unionsbürgerschaft‹ oder die Abschaffung des Rechts nationaler Regierungen, eigene Kommissare vorzuschlagen, vergessen wurden«. Und an seine Parlamentskollegen richtete er den Vorwurf, sie nähmen »Geheimhaltung anstelle von Transparenz in Kauf«.[139] In die gleiche Kerbe haute der konservative britische Abgeordnete Roger Helmer, der keiner Fraktion angehört: »Mit der Durchsetzung dieser Maßnahme gegen den Willen der Öffentlichkeit rütteln Sie an den Grundfesten jenes Europa, das Sie aufbauen wollen. Wir müssen auf die Menschen hören. Sie fordern ein Referendum.«[140]

Anders verhält es sich dagegen mit der irischen *Sinn Féin*. Zwar ist auch deren Kritik am Verlauf des Ratifizierungsprozesses ernst zu nehmen, doch muss man sich in ihrem Fall mit der oben eingehender analysierten nationalistischen Ideologie auseinandersetzen, die das geistige Fundament ihrer Ablehnung des Lissabon-Vertrags ist. Auch das Argument des französischen EU-Abgeordneten Paul Marie Coûteaux, Europa sei nur zu retten, »wenn die Völker ihr Schicksal wieder in die eigenen Hände nehmen, wenn die Staaten ihre Politik frei gestalten«, klingt erst einmal sachlich.[141] Untersucht man jedoch den programmatischen Hintergrund seiner Partei, der *Bewegung für Frankreich* (*Mouvement pour la France*, MPF), genauer, so wird man gewahr, dass hinter dem Wort »Volk« ein ethnisch begrenztes, ja sogar ausgrenzendes Nationskonzept steht, das aufs Engste mit der Zugehörigkeit zum katholischen Christentum verbunden ist. Nach außen hin stellt die MPF ihre Ideologie des Nationalismus jedoch als »Patriotismus« dar. Zudem hat die Partei dezidiert islamfeindliche Positionen entwickelt, die darauf

136 European Parliament, MEP Profile: *Roberto Fiore. Parliamentary Activities*, unter <www.europarl.europa.eu/>.
137 »14. Lage der Roma in Italien« [wie Fn. 130], S. 102.
138 Vgl. die Homepage der Junibewegung: *Junibewægelsen, Bondes Briefing: Lissabon-traktaten*, <www.j.dk/index.php/juni/aktuelt/C30/>
139 Europäisches Parlament, *Plenardebatten. Vertrag von Lissabon (Aussprache)*, Jens-Peter Bonde (IND/DEM), Straßburg, 20.2.2008, <www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=CRE&reference=20080220&secondRef=ITEM-003&language=DE&ring=A6-2008-0013>.
140 Europäisches Parlament, *Plenardebatten. Vertrag von Lissabon (Aussprache)*, Roger Helmer (NI), ebd.
141 Europäisches Parlament, *Plenardebatten. Zukunft Europas (Aussprache)*, Paul Marie Coûteaux (IND/DEM), Straßburg, 19.2.2008, <www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20080219+ITEMS+DOC+XML+V0//DE&language=DE#top>.

hinauslaufen, eine ganze Glaubensgemeinschaft aus der französischen Nation auszugrenzen. So äußerte der MPF-Vorsitzende und EU-Abgeordnete Philippe de Villiers im Fernsehen die Ansicht, dass es für ihn keinen moderaten Islam gebe: »Ich bin der Meinung, dass der Islam mit der [Französischen, *S.R.*] Republik nicht kompatibel ist.«[142] Im französischen Präsidentschaftswahlkampf im Jahre 2007 schlossen sich De Villiers und der MPF der Kampagne des *Front National* gegen eine vermeintliche »Islamisierung« der französischen Gesellschaft an. Die nationalistischen Parteien traten gegen geplante Bauvorhaben von Moscheen auf, forderten einen Einwanderungstopp und darüber hinaus die Aufhebung der Rechte illegaler Einwanderer.[143]

Le Pens Redebeitrag in der Aussprache über die Zukunft Europas macht deutlich, wie sich der Nationalismus inhaltlich gegen den Reformvertrag von Lissabon positioniert: »Jahrtausendealte, angesehene Nationen werden zugunsten einer konstruktivistischen Utopie geopfert, die sie wehrlos den unheilvollen Folgen der Globalisierung und des zügellosen Liberalismus aussetzt: der Masseneinwanderung, der Unsicherheit, dem wirtschaftlichen Ruin, der sozialen Katastrophe, dem moralischen und kulturellen Verfall.«[144] Wie dieses Zitat zeigt, wird die politische Gestaltung jener Herausforderung, die sich den europäischen Gesellschaften durch Einwanderung stellt, nämlich im Rahmen demokratischer Entscheidungsverfahren Maßnahmen zur Integration und zur Anpassung des Staatsangehörigkeitsrechts zu ergreifen, von nationalistischen Akteuren als »Konstruktivismus« abgetan, dem eine vermeintlich »jahrtausendealte Kultur« entgegensteht. Verschwiegen wird dabei jedoch, dass es gerade die Ideologie des Nationalismus ist, die mit pseudowissenschaftlichen Behauptungen eine solche, von der Realität nicht gedeckte kulturelle Kontinuität konstruiert.

Kritik an der europäischen Integration und am Reformvertrag von Lissabon gewinnt eine umso größere Glaubwürdigkeit, wenn sie aus einer prinzipiell europafreundlichen Haltung heraus formuliert wird. Dies ist vermutlich der Grund, warum sich Abgeordnete nationalistischer Parteien wie der österreichische FPÖ-Vertreter Andreas Mölzer in der Regel als Proeuropäer gerieren. In der Plenardebatte des EU-Parlaments über den Vertrag von Lissabon brachte Mölzer seine Position wie folgt auf den Punkt: »Ich bin gegen diesen Vertrag, weil ich für Europa bin!«[145] Seine Europa-Konzeption hielt er allerdings im Dunklen. Wie er sich die europäische Zusammenarbeit auf intergouvernementaler Ebene konkret vorstellt, erklärte Mölzer nicht. Systematisch überspielt wird bei solchen Ausführungen auch die latente Konflikthaftigkeit nationalistischer Ideologien, die aus der »Fürsorge« ihrer Vertreter um nationale Minderheiten außerhalb der eigenen Landesgrenzen erwächst, wie im Fall der FPÖ um die deutschsprachige Bevölkerung der italienischen Provinz Südtirol.

Im Gegensatz zum *Front National* oder zur *Freiheitlichen Partei Österreichs* gibt es aber auch nationalistische Parteien, die sich für eine Annahme des Vertrags von Lissabon ausgesprochen haben. Als Beispiel hierfür seien die italienische EU-Abgeordnete der *Alleanza Nazionale*, Cristiana Muscardini, und der Vorsitzende der lettischen Partei *Für Vaterland und Freiheit/LNNK*, Roberts Zīle, genannt. Beide setzten sich im Namen der Fraktion *Union für ein Europa der Nationen* für die Annahme des Reformvertrags ein.[146] Dieser Unterschied in der Europa-Konzeption ist wohl auch der Grund dafür, dass sich diese nationalistischen Parteien nicht der ehemaligen ITS-Fraktion angeschlossen hatten.

Zuspruch findet der Vertrag von Lissabon schließlich auch unter solchen nationalistischen Parteien, die sich vom Projekt der europäischen Integration eine Aufwertung ihrer nationalen Minderheit oder ihrer Region versprechen. Hierzu gehört unter anderem der rumänische EU-Abgeordnete László Tőkés, evangelischer Bischof und Präsident des Ungarischen Nationalrats, der seit der Wende im Jahre 1989 für eine Territorialautonomie der ungarischsprachigen Minderheit im rumänischen Siebenbürgen streitet.[147] Die These, dass nationalistische Parteien nicht per se gegen die Europäische Integration eingestellt sein müssen, sondern das EU-Parlament als Forum zu nutzen verstehen, um ihre nationalistischen Ziele zu verwirklichen, belegt schließlich auch eine Stellungnahme des EU-Abgeordneten der *Schottischen Nationalpartei*, Ian Hudghton: »Ich freue mich auf den Tag, an dem Schottland als unabhängiger Mitgliedstaat in diese

142 »Je ne crois pas qu'il y ait un islam modéré«. »Je crois, a-t-il ajouté, que l'islam n'est pas compatible avec la République«, siehe »Immigration – Scandale après les propos de Villiers«, in: *Nouvelobs.com*, 24.4.2004.

143 Vgl. »MPF. Immigration. Le projet de Villiers«, in: *Nouvel observateur*, 20.10.2005.

144 Europäisches Parlament, *Plenardebatten. Zukunft Europas (Aussprache)* [wie Fn. 141], Jean-Marie Le Pen (NI).

145 Ebd., Andreas Mölzer (NI).

146 Ebd., Cristiana Muscardini im Namen der UEN-Fraktion, sowie Roberts Zīle (UEN).

147 Riedel, *Die Erfindung der Balkanvölker* [wie Fn. 10], S. 220f.

Union aufgenommen wird. Eine solche Entwicklung wäre meines Erachtens nicht nur gut für Schottland, sondern auch für die Zukunft Europas.«[148]

Im Vergleich zur *Schottischen Nationalpartei* schlägt der belgische *Vlaams Belang* kritischere Töne gegenüber der Europäischen Union an. Wie oben gezeigt, hat dies damit zu tun, dass Brüssel zweisprachig geprägt ist und als Sitz der wichtigsten europäischen Institutionen vom Französischen dominiert wird. Dies steht dem von *Vlaams Belang* angestrebten Status Brüssels als Hauptstadt eines monolingualen Flandern im Wege. Dass eine Änderung der Staatsgrenzen nach ethnischen Kriterien auch in Belgien nicht ohne Konflikte ablaufen wird, zeigt nicht zuletzt die von *Vlaams Belang* gezogene Parallele zwischen dem »Selbstbestimmungsrecht« der Flamen und dem der Kosovo-Albaner.

Abschließend sei hier erwähnt, dass sich die heutigen Repräsentanten nationalistischer Ideologien nur unzureichend von historischen Vorbildern abgrenzen und Gefahr laufen, zur Wiederbelebung von Feindbildern beizutragen. Auch der deutsche Nationalsozialismus hatte eine Europa-Konzeption entwickelt. Sie sollte seine rassistischen Tendenzen überdecken und den Schein erwecken, die nationalsozialistische Politik sei an ethnischer Vielfalt interessiert und auf die europäische Einigung gerichtet. Doch wie man weiß, brachte die unter deutscher Okkupation erzwungene Neuordnung Europas den Völkern keine gleichberechtigte Zusammenarbeit. Vielmehr wurde ein autoritäres Herrschaftssystem etabliert, das den einzelnen ethnisch-nationalen Gemeinschaften unterschiedliche Wertigkeiten und Rechte zumaß: An der Spitze der völkischen bzw. ethnischen Wertepyramide stand das »deutsche Volk«, aus dem allein sich die künftige europäische Führungselite rekrutieren sollte. Diesen folgten zunächst andere germanische, dann die romanischen Völker West- und Südeuropas. Erst danach kamen die Slawen und schließlich die Juden, die als parasitäres Volk betrachtet wurden, das schließlich vernichtet werden sollte.[149]

148 Europäisches Parlament, *Plenardebatten. Zukunft Europas (Aussprache)* [wie Fn. 141], Ian Hudghton (Verts/ALE).
149 Adelheid Zinell, »Europa-Ideologie: Die Europa-Idee der Waffen-SS«, in: dies., *Europa-Konzeptionen der Neuen Rechten unter besonderer Berücksichtigung Frankreichs, Italiens und Belgiens*, Frankfurt a.M. 2007, S. 82f.

Mögliche Gegenstrategien vor den Wahlen zum EU-Parlament im Juni 2009

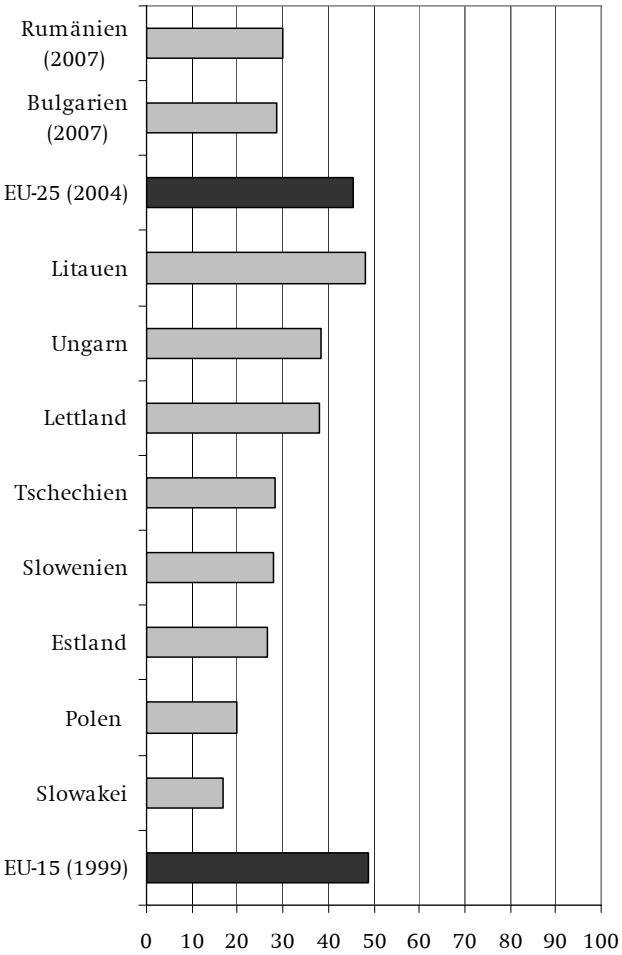
Am 4. bis 7. Juni 2009 werden voraussichtlich die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Dies bietet allen demokratischen Parteien der EU-Mitgliedstaaten die konkrete Möglichkeit, sich den politischen Forderungen und Argumenten nationalistischer Parteien entgegenzustellen. Im Zentrum des abschließenden Kapitels dieser Studie stehen daher mögliche Gegenstrategien, die allerdings nur in der gebotenen Kürze angeschnitten werden können.

Diskurs über strittige Themen nicht nationalistischen Parteien überlassen

Ein Vergleich der Wahlbeteiligung zwischen den ost- und westeuropäischen EU-Mitgliedstaaten verweist auf einen möglichen Ansatzpunkt für eine Strategie gegen den Aufstieg nationalistischer Parteien: Bei den letzten Wahlen zum Europaparlament am 13. Juni 2004 gaben von den 342 Millionen wahlberechtigten Europäern 45,6 Prozent ihre Stimme ab. Die neuen EU-Mitgliedstaaten Osteuropas erreichten mit Ausnahme Litauens, Lettlands und Ungarns noch nicht einmal eine Wahlbeteiligung von 30 Prozent. Dieser Trend setzte sich in Bulgarien und Rumänien fort, als dort 2007 erstmals Europawahlen stattfanden (siehe Graphik). Da diese Entwicklung einhergeht mit einer wachsenden Sympathie für nationalistische Parteien, ist von einem Vertrauensdefizit unter der Bevölkerung Osteuropas gegenüber den neuen demokratischen Kräften auszugehen. Deshalb könnte eine Erhöhung der Wahlbeteiligung zur Schwächung nationalistischer Parteien beitragen.

Das Interesse der Menschen, insbesondere in Osteuropa, an der politischen Mitgestaltung der europäischen Integration kann aber nur dann geweckt werden, wenn die mit dem EU-Beitritt ihres Landes verbundenen Wirtschaftsreformen wesentlich zur Lebenssicherung beitragen. Das gilt deshalb in besonderem Maße für die Bevölkerungen der neuen EU-Mitgliedstaaten, weil diese bisher einen hohen Preis für die Systemtransformation gezahlt haben. Lange Zeit maßen die nationalen Reformprogramme der Stabilisierung der neuen Finanzsysteme oberste Priorität zu,

Graphik
Beteiligung (in %) an den Europawahlen 2004–2007 in den EU-Mitgliedstaaten Osteuropas



Quelle: Zusammengestellt u.a. aus Daten der Homepage des Europäischen Parlaments, <www.europarl.europa.eu>.

während die sozialen Sicherungssysteme leichtfertig abgebaut wurden. Die Schwachen der Gesellschaft, in erster Linie die ländliche Bevölkerung, die Arbeitslosen, die Rentner und die Angehörigen von Minderheiten, leiden nicht nur unter dem Wegfall sozialer Mindeststandards, sie können sich teilweise nicht einmal ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgen. Defizite im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie im Justizsystem treffen dagegen fast alle Bürger gleicher-

maßen. Solange EU-Institutionen wie das Europaparlament diese Probleme tabuisieren, bleibt der Diskurs darüber nationalistischen Parteien überlassen. In diesen Zusammenhang passt das folgende Zitat von Hans Morgenthau: »Umso größer die Stabilität der Gesellschaft und das Gefühl der Sicherheit ihrer Mitglieder ist, umso geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass kollektive Emotionen einen Ausweg zum Beispiel in Form eines aggressiven Nationalismus suchen.«[150] Die aktuelle Finanzkrise wäre eine ideale Gelegenheit, im EU-Parlament eine Debatte anzustoßen, die den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung insbesondere in den neuen EU-Mitgliedstaaten thematisiert.

Auseinandersetzung mit nationalistischen Europa-Konzeptionen

Die Studie hat gezeigt, dass Kritik an der europäischen Integration allein noch kein Indikator für eine nationalistische Politik ist und sich deren Anhänger mitunter sogar als überzeugte Europäer präsentieren. Deshalb sollten sich die Abgeordneten des Europaparlaments nicht nur mit den Schwächen der europäischen Institutionen befassen, sondern sich in stärkerem Maße mit der Europapolitik nationalistischer Parteien inhaltlich auseinandersetzen. Zum Beispiel stellt sich die Frage, inwieweit diese Parteien an Europa-Konzeptionen nationalistischer und faschistischer Bewegung der Zwischenkriegszeit anknüpfen und sich in deren Kontinuität sehen.

Damit verbunden wäre eine stärkere Rückbesinnung auf die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die europäischen Institutionen machen in ihren Selbstdarstellungen die ideellen Anfänge der europäischen Integration mit ihrem friedenspolitischen Ansatz viel zu wenig deutlich. So verlegt das »Portal der Europäischen Union« im Internet in einem dort präsentierten historischen Überblick die »Anfänge der Zusammenarbeit« für »ein friedliches Europa« auf das Jahr 1945.[151] Eine solche begrenzte Geschichtsbetrachtung lässt sich sicherlich dadurch erklären, dass der europäische Einigungsprozess tatsächlich erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beginnen konnte. Doch spätestens mit der Osterweiterung der Europäischen Union ist es notwendig geworden, dass sich die gesamte Gemeinschaft mit den Europa-Konzeptionen des Nationalsozialismus auseinandersetzt und sich wieder intensiver auf ihre friedenspolitischen Wurzeln in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts besinnt.[152]

Schließlich knüpfen einige politische Akteure des Baltikums und Mittelost- und Südosteuropas genau an jene Erfahrungen der Zwischenkriegszeit an. Wie die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, leben dabei nicht nur demokratische Traditionen wieder auf, sondern auch nationalistische und autoritäre Vorbilder. Eine Reflexion über die Anfänge der Europabewegung gäbe den neuen EU-Mitgliedstaaten außerdem die Chance, die Idee der europäischen Integration als einen Teil ihrer eigenen Geschichte zu begreifen und sich über die nationalen Interessen hinaus stärker für eine gemeinsame Zukunft der EU zu engagieren. Wie dringlich eine solche Auseinandersetzung mit der Geschichte der Zwischenkriegszeit ist, zeigen die unrühmliche Beispielen zweier nationalistischer Organisationen, die im Sommer 2007 gegründet wurden, die *Bulgarische Nationalgarde (Balgarska nacionalna gvardija)*[153] und die *Ungarische Garde (Magyar Gárda)*.[154] Letztere versteht sich als ein Ordnungsdienst zur »physischen, seelischen und geistigen Selbstverteidigung des Ungartums«. Sie schreckt nicht davor zurück, sich Symboliken der ungarischen Anhänger des deutschen Nationalsozialismus zu bedienen, unter anderem der rot-weiß-gestreiften Árpád-Fahne der Pfeilkreuzler.[155]

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass mit der bevorstehenden EU-Erweiterung Richtung Südosteuropa neue ethnisch-nationale Konflikte in die Europäische Gemeinschaft hineingetragen werden könnten. Deshalb wäre bei der Konzeption der Heranführungsstrategien, zum Beispiel gegenüber Kroatien, Bosnien-Herzegowina oder der Republik Makedonien,

150 Hans J. Morgenthau, *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace*, 5. Aufl., New York 1973, S. 108.
151 Das Portal der Europäischen Union, *Ein friedliches Europa – die Anfänge der Zusammenarbeit*, <http://europa.eu/abc/history/index_de.htm>.
152 Sabine Riedel, »Osteuropa und die EU-Integration«, in: Iskra Schwarcz/Arnold Suppan (Hg.), *Quo vadis EU? Osteuropa und die EU-Erweiterung*, Wien 2008, S. 25–40 (36).
153 Die *Bulgarische Nationalgarde* wurde als *Edelweiss Sportgruppe [Edelvais Sportna organizacij]* der rechtsextremen *Bulgarischen Volksunion [Bălgarski nacionalen săju]* gegründet; vgl. <www.vbox7.com/play:cf3bf803>; vgl auch Barbara Oertel, »Rechte wollen Zigeuner jagen«, in: *Die Tageszeitung*, 4.9.2007.
154 Michael Frank, »Ungarns Rechtsradikale formieren sich. Paramilitärische Gruppen marschieren durch das Land und hetzen gegen Roma und Juden – das liberale Vereinsrecht schützt sie«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 8.4.2008, S. 8.
155 Siehe »Ungarisches Sommertheater in rechtsextremer Kulisse«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 24.8.2007.

bereits heute sorgfältig zu prüfen, wie sich diese Staaten mit dem Nationalismus im eigenen Land auseinandersetzen. Es wäre die Aufgabe des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europaparlaments, von den Kandidatenländern zu verlangen, schon in der jetzigen Phase des Beitrittsprozesses auf ethnisch-nationalistische Argumente gegenüber ihren Nachbarländern zu verzichten. Denn es ist vor der Illusion zu warnen, dass sich nach dem Beitritt Grenzkonflikte zwischen EU-Mitgliedstaaten von allein lösen. Selbst nach einer dreieinhalbjährigen Zugehörigkeit zur Union erleben die ungarisch-slowakischen Beziehungen derzeit ihre schwerste Krise, weil slowakische Polizeikräfte gegen rechtsextreme Schlägertrupps aus Ungarn hart durchgegriffen haben.[156]

Vor allem aber ist kaum absehbar, welche langfristigen Folgen die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten mit ungelösten Grenzfragen und innerethnischen Konflikten auf den Prozess der europäischen Integration haben wird. Auf diese Herausforderung sind die EU-Institutionen bisher nur unzureichend vorbereitet. Darauf jedenfalls deutet die mangelnde Bereitschaft hin, sich mit der Ideologie des Nationalismus auch in den alten EU-Mitgliedstaaten offensiv auseinanderzusetzen. Nach wie vor bleiben Regionalbewegungen, die den von Brüssel angestoßenen Dezentralisierungsprozess nutzen, um daraus staatliche Souveränitätsrechte abzuleiten, weitgehend von Kritik verschont. Es sollte aber stärker öffentlich hinterfragt werden, welchen Sinn derartige Forderungen im Baskenland, Schottland oder Belgien machen, wenn nationalstaatliche Grenzen innerhalb der EU ohnehin mehr und mehr ihre Bedeutung verlieren und gut die Hälfte der nationalen Souveränitätsrechte bereits an Brüssel abgetreten worden sind. Forderungen nach der Gründung neuer Nationalstaaten schwächen nicht nur das Ansehen der Regionalbewegungen insgesamt in Europa, sondern lenken auch von der Tatsache ab, dass viele politische Probleme am klügsten auf gemeinsamer europäischer Ebene gelöst werden können.

Konzepte gegen soziale und kulturelle Ausgrenzung

Zur Bewahrung des innerstaatlichen Friedens ist es schließlich unverzichtbar, dem Versuch nationalistischer Parteien zu widerstehen, ungleiche Rechtsverhältnisse für Einwanderer zu schaffen. Deshalb kommt der Politik der Antidiskriminierung und Gleichbehandlung der EU große Bedeutung zu. So hat die EU-Kommission bereits im Jahre 2000 Antidiskriminierungsrichtlinien erlassen, die im Jahre 2006 als *Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz* in deutsches Recht umgesetzt wurden.[157] Die Antidiskriminierungsrichtlinien leiten sich direkt aus der Europäischen Charta der Grundrechte ab, die von den EU-Mitgliedstaaten bereits am 7. Dezember 2000 in Nizza unterzeichnet worden ist. Auf dieser »Grundlage gemeinsamer Werte« bekennen sich die EU-Mitgliedstaaten zu einer friedlichen Zukunft »unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas«.[158] Die Antidiskriminierungspolitik der EU dient aber nicht nur dem Schutz der Grundrechte der Bürger, sie bietet auch den entscheidenden normativen Rahmen gegen eine Diskriminierung von Einwanderern und Ausländern, die einer nichtchristlichen Religionsgemeinschaft angehören. Eine Aufgabe des EU-Parlaments könnte darin bestehen zu prüfen, ob die Antidiskriminierungsrichtlinien derzeit schon ein wirksames Instrumentarium abgeben, um muslimische Mitbürger ausreichend vor Anwürfen seitens nationalistischer Organisationen zu schützen.

Es wäre darüber hinaus interessant zu erfahren, welche konkreten Ergebnisse der interreligiöse Dialog vorzuweisen hat, den die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Jahrs des interkulturellen Dialogs 2008 organisiert hat.[159] Gibt es bereits Erkenntnisse oder sogar Studien darüber, ob diese Aktionen den gesellschaftlichen Zusammenhalt tatsächlich verstärken konnten? Welche Konsequenzen ziehen die Abgeordneten aus bereits publizierten Untersuchun-

156 Karl-Peter Schwarz: »Gewalt auf der Großen Schüttinsel. Ein Grenzort und die Krise der ungarisch-slowakischen Beziehungen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.11.2008, S. 3. Im Dezember 2008 hat ein Budapester Gericht die *Magyar Garda* für illegal erklärt. Ihr Vorsitzender, Gabor Vona, erklärte allerdings, dass seine Garde »weitermarschieren« werde, vgl. »Urteil gegen Rechtsextremisten in Ungarn. Trägerverein der Magyar Garda verboten«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 19.12.2008.

157 Antidiskriminierungsstelle des Bundes, *Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz* (AGG), <www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/ADS/das-gesetz.html>; vgl. Sabine Riedel, »Die EU-Richtlinien für Gleichstellung und gegen Diskriminierung«, in: Verena Kaselitz/Petra Ziegler (Hg.), *Gleichstellung in der erweiterten Union*, Frankfurt a.M. 2008, S. 29–41.

158 Vgl. »Die Charta der Grundrechte der Union«, in: *Vertrag über eine Verfassung für Europa*, Amtsblatt Nr. C 310 vom 16.12.2004, <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2004:310:SOM:DE:HTML>.

159 Vgl. *Alles über das Jahr. Vielfalt gemeinsam leben*, unter <www.interculturaldialogue2008.eu/406.html?L=1>.

gen der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)?[160] Teilen sie deren Empfehlung, die islamischen Gemeinschaften als Kollektiv stärker einzubinden, oder geben sie individualrechtlichen Ansätzen den Vorzug? Welche Konzepte haben mehr Aussicht auf Erfolg, wenn es darum geht, dem ausgrenzenden ethnischen Nationsmodell entgegenzutreten? Doch schon jetzt lässt sich feststellen, dass die Betonung kultureller, das heißt sprachlicher und religiöser Diversität im Rahmen des interkulturellen Dialogs nicht automatisch zu mehr Toleranz geführt hat. Im Gegenteil, es besteht nach wie vor die Gefahr, dass nationalistische Ideologien diesen Dialog dazu nutzen, diese Unterschiede mit einer Wertigkeit zu verbinden, um daraus Forderungen nach rechtlicher Ungleichbehandlung abzuleiten.

Rote Karte gegen eine Zusammenarbeit

Gerade weil es Organisationen mit einer nationalistischen Ideologie verstehen, das Thema »kulturelle Differenz« für ihre politischen Ziele dienstbar zu machen, gelingt es ihnen, selbst im EU-Parlament Koalitionen zu schmieden. Deshalb sollten demokratische Parteien sorgsam prüfen, ob ihre Bündnispartner eine Politik der ethnischen Ausgrenzung und Diskriminierung verfolgen und möglicherweise ethnisch-nationale Konflikte mit Nachbarländern schüren. Ist dies der Fall, sollten sie auf eine Zusammenarbeit verzichten, auch wenn ihre eigenen politischen Anliegen darunter leiden. Alle Fraktionen des EU-Parlaments hätten die nötige Autorität und die entsprechenden Möglichkeiten, mit solchen Mitgliedsorganisationen aus den eigenen Reihen ins Gericht zu gehen, die in ihren Heimatländern mit nationalistischen Parteien zusammenarbeiten oder diese sogar regierungsfähig machen.

Wie die Studie zeigen konnte, betrifft dies nicht nur die großen Fraktionen wie die der *Europäischen Volkspartei* oder der *Allianz der Liberalen*, sondern ebenso die *Grünen* und die Fraktion *Vereinigte Europäische Linke*. Der politischen Isolation muss aber unbedingt die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem ethnischen Nationsmodell folgen, damit die nationalistischen Akteure sich nicht zum Opfer des demokratischen Rechtsstaats stilisieren können. Hier bietet sich schließlich auch ein offener Diskurs über den Gegenentwurf eines ethnisch neutralen und kulturell offenen Nationsmodells an, zu dem sich die EU-Mitgliedstaaten im Interesse der europäischen Integration verpflichten sollten. Denn nur das Bekenntnis zu dem Modell einer politischen Willensnation schützt die EU-Mitgliedstaaten vor einem Denken in historischen Determinismen, schützt ihre Kompetenzen zur Gestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts, ermöglicht eine gemeinsame Orientierung an festgelegten politischen Werten und sichert die Arbeit des Europarats auf der Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonvention.

160 Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, *Gemeinschaftlicher Zusammenhalt auf lokaler Ebene: den Belangen muslimischer Gemeinschaften gerecht werden*, Wien 2008, <http://fra.europa.eu/fra/material/pub/muslim/LCN_DE.pdf>.

Abkürzungen

ALDE	Alliance of Liberals and Democrats for Europe (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, EP-Fraktion)
AN	Alleanza Nazionale
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
DPS	Dviženie za Prava i Svobodi (Bewegung für Rechte und Freiheiten, Bulgarien)
EFA	Group of the Greens/European Free Alliance (Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, EP-Fraktion)
ENF	European National Front
EP	Europäisches Parlament
FN	Front National
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FRA	European Union Agency for Fundamental Rights (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, Wien)
GUE/NGL	Gauche Unitaire Européen/Nordic Green Left (Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke, EP-Fraktion)
IRA	Irisch-Republikanische Armee
ID	Independence/Democracy (Unabhängigkeit/Demokratie, EP-Fraktion)
IRA	Irish Republican Army
ITS	Identity, Tradition, Sovereignty (Identität, Tradition, Souveränität, EP-Fraktion)
LNNK	Latvijas Nacionālās Neatkarības Kustīb (Litauische Nationale Unabhängigkeitsbewegung)
LPR	Liga polskich Rodzin (Liga der polnischen Familien)
MS-FT	Movimento Sociale Fiamma Tricolore
MSI	Movimento Sociale Italiano
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
N-VA	Nieuw-Vlaamse Alliantie (Neu-Flämische Allianz)
ÖVP	Österreichischen Volkspartei
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PNV	Partido Nacionalista Vasko (Baskische Nationalistische Partei, Spanien)
PiS	Prawo i Sprawiedliwość (Partei Recht und Gerechtigkeit, Polen)
SF	Socialistisk Folkeparti (Dänemark)
SN	Stronnictwo Narodow (Nationale Partei, Polen)
UDK	Union der Demokratischen Kräfte (Bulgarien)
UEN	Union for Europe of the Nations (Union für ein Europa der Nationen, EP-Fraktion)

Veröffentlichungen der Autorin zum Thema

Regionaler Nationalismus. Aktuelle Gefahren für die Europäische Integration, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2006 (SWP-Studie 5/06), <www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2854>.

Muslime in der Europäischen Union. Nationale Integrationskonzepte im Vergleich, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2005 (SWP-Studie 10/05), <www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2145>.

zusammen mit Irene Wiegand:
Die Minderheitenpolitik im EU-Erweiterungsprozeß. Eine Veranstaltung der Europäischen Kommission und der SWP, Berlin, 21. Februar 2002, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2002, <www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=488>.

Minderheitenpolitik in der EU-Erweiterungsperspektive. Neue Konflikte durch Maßnahmen der positiven Diskriminierung, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2001 (SWP-Studie 24/01), <www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=1437>.

Auf unserer Website http://www.swp-berlin.org finden Sie Informationen zu weiteren aktuellen Themen. Wenn Sie über neue SWP-Papiere informiert werden möchten, abonnieren Sie unseren elektronischen Newsletter unter
http://www.swp-berlin.org/core.php/de/Newsletter/Register

SWP-Berlin
Nationalismus im EU-Parlament
Dezember 2008